

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3,50 Mk., monat 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-  
 Liste für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Rollen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 nachmittags geöffnet.  
 Anzeigensprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2. **Dienstag, den 13. Juli 1897.** Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

#### Quittung.

Im Monat Juni gingen bei dem Unterzeichneten folgende  
 Parteibeiträge ein:

- Kuglsburg N. 20.—, Altenburg, Wahlkr. 100.—, Berlin, Bei-  
 träge der Wahlkreise: 1. Kr. 50.—, 4. Kr. 80. 1000.— (darunter:  
 Wer hat die Säge 100.—, E. O. Ede 190.—, Berg. Musikantenfr.  
 15.—), 6. Kr. (Rosenhaler Vorstadt und Gesundbrunnen)  
 900.—, 8. Kr. (Schönhauser Vorstadt) 300.— (darunter: durch Stilller  
 2,50, Zeugengebühr Bürger Straßenerstraße 2,40, älterer Genosse  
 Buchholzerstraße 3.—), 6. Kr. (Noabit) 250.— (darunter:  
 Mai-Souper 6,70, 6. Kr. Wedding u. Oranienburger Vorstadt 690.—  
 (darunter: Arbeitsverdienst d. Klempner G. Karney d. Tauschel 36.—;  
 v. G. S.—; v. Polarlicht 119.—; Zigarren-Projekte v. dicken  
 Jule 13,25; M.-Gefangv. „Sangeslust II“ f. e. Gefangv. d. Berge-  
 mann 1,50), Berlin, div. Beitr.: Dr. S. H. 50.—, Amerik. Aktion  
 in Haselhorst 6.—, S. 1,20, Bon den Mitgl. d. Deutsch. Buchdr.-  
 Vere. im „Vorwärts“ 200.— und die Hälfte der Sammlung aus  
 Anlaß der Meiseier 57.—, R. B., v. S. 5000.—, Chamisso-  
 Platz 5 4.—, A. R. 90.—, Nohe Buchbinder Grün-  
 straße 5.—, L. u. S. Nr. 5.—, fünf Gutmacher Königsstr. 25  
 5.—, Nohe Rindauße Böckstr. 2,55, Eberhard's Möbel-  
 polirer 7,50, Arbeiter von Schuster u. Bar (dar. v. Kraus, von  
 Bobig 3,85) 14,40, Mitglieder der U.-Dr. 6.—, C. B.  
 4,35, — Bern, v. S. 50.—, Breslau 300.—, Bransche, vierter  
 hannoverscher Wahlkreis 5.—, Bamberg, Jäcklein Brod-  
 bach 5.—, Bunsau, durch den Vertrauensmann 70.—,  
 Grimmschau, d. d. Vertr. 300.— (dar.: Januar: Reich. 1.—,  
 G. M. 1.—, G. Th. 5.—, C. D. 1.—, C. J. i. G. 1.—, Febr.: Un-  
 genannt 2,20, März: G. M. —50, April: C. D. 1.—, G.—g. 1.—,  
 Mai: A. M. 5.—, Ungenannt 3.—, Gd. M. 1,50, P. Sch. 1,50, G. R.  
 —70), Cottbus, S. 10.—, Crefeld, J. M. 10.—, Gaffel, v. d. Genossen  
 100.—, Dresden-Alth., 5. sächsl. Reichstags-Wahlkr. 500.—, Döbelen, v. d.  
 Genossen 15.—, Fallenberg (Oberstl.) 2.—, Fürth, v. d. Genossen 100.—,  
 Gräsrath bei Solingen, R. F., Vertr. 50.—, Goslar, lustige Rind-  
 tauße 1,30, Gera (Reich) 200.—, Greis und Ungerend, von den  
 Genossen 50.—, Gießen, G. R. 5.—, Hamburg, vom Ende der Welt  
 30.—, Hamburg, 2. Kr. C. Lin. 10.—, Harburg, 17. hannoverscher  
 Wahlkreis 500.—, Hayna u. Schl., durch den Vertr. 25.—,  
 Hamburg, Drucker P. u. N. M. d. Auer u. Co. 3. 1. Mai 11.—,  
 Hamburg, Getränke-Überschuß v. Schulbau, Marktmanntstraße, 30.—,  
 Hamburg, v. Bitter-Bau, Hammerbrook, Martinstraße, d. Benz 16.—,  
 Hastedt 10.—, Hamburg, Zigarrenfabrik, u. Pöhlung u. Nichte 28,55,  
 Hamburg, Marten's Bau Hastedt 15.—, Hamburg, R. A. 50.—, Ham-  
 burg, D. F. 50.—, Hamburg D. A. 50.—, Jena, v. Genossen 20.—,  
 Kiel 100.—, Leipzig Stadt und Land 500.—, Luxemburg, W. L.  
 400.—, Lüdenscheid, v. d. Genossen 100.—, München, Waldläufer  
 5.—, Marburg, ein Einamer 10.—, Mannheim 50.—, München,  
 Genossen d. Gärtnerplatzviertels 30.—, München, Auer-Genossen  
 50.—, Neuhaubensleben-Wolmirstedt, Wahlkr. 60.—, Nord-  
 hausen, d. d. Vertrauensmann 5.—, Nürnberg 300.—, Ottenfen,  
 J. B. 1,50, Oberlangensielau, Arbeiter aus dem Eulen-  
 gebirge 100.—, Oberthausen b. Offenbach, Ueberschuß der Me-  
 seier 14,37, Offenburg i. B., durch den Vertrauensmann 5.—,  
 Pforzheim, von den Genossen 10.—, Plauen i. B., von den Ge-  
 nossen 20.—, Pindstädt, Glangold 2.—, Reimscheid von den Ge-  
 nossen 100.—, Ritzgenhain (darunter rothe Rindtauße 2,42) 10.—,  
 Ritzdorf, Hochzeit 2,15, Reichsbach i. B., 2. Quartal 50.—, Regensburg,  
 v. d. Genossen 10.—, Stuttgart, G. U. 10.—, Striegau 30.—, Spremburg,  
 gef. bei einem Ausflug an 1. Pfingstfreitag 9.—, Saarobien, aus dem  
 König. Stamm 10.—, Schneeberg, von jungen Genossen 2.—,  
 Solingen, Meiseier d. d. Kreisvertr. C. Bergmann 40.—, Torgau  
 (darunter die Gelder, die von Genossen gegeben wurden, welche am  
 1. Mai arbeiten mußten) 35,35, Wielau, rothe Rindtauße bei Br.  
 3.—, Württemberg 50.—.

In der Quittung vom 10. Juni d. J. in Nummer 132 des  
 „Vorwärts“ darf es unter den Berliner diversen Beiträgen nicht  
 heißen: Organisirte Musiker 30.—, sondern 50,30, desgl. nicht: Juni  
 50. Geburtstage vom rothen Wilhelm Marktviertel 3.—, sondern:  
 Juni 50. Geburtstage vom rothen Wilhelm 2,20, Marktviertel 3.—,  
 Hamburg-Gimshüttel, den 8. Juli 1897.  
 Für den geschäftsführenden Ausschuß:  
 A. Gerisch, Eichenstr. 4.

#### Die Arbeitervertretung in der neuen Zwangsorganisation des Handwerks.

Was ist aus der Gesellenvertretung in dem schließlich zu  
 stande gekommenen Zwangsgefes geworden?  
 Nach dem Berlepsch'schen Entwurf, dessen hierhergehörige  
 Bestimmungen von den Arbeitern allgemein als ganz ungenügend  
 zurückgewiesen wurden, sollten auf jeder Stufe der Organisation  
 (also in der Innung, im Handwerksausschuß, in der Handels-  
 kammer) die Gesellen durch einen Ausschuß vertreten  
 sein, welchem bei allen Geschäften, die das Interesse  
 der Gesellen und Lehrlinge betreffen oder Leistungen  
 irgend einer Art von den Gesellen in Anspruch nehmen, eine  
 Mitwirkung eingeräumt wird.“ Nach dem Berlepsch'schen Ent-  
 wurf war ferner die Ausführung aller Innungsbeschlüsse  
 aufzuschieben, wenn der Gesellenausschuß Bedenken trug.  
 Der Bundesrath strich nun auf der mittleren und oberen  
 Stufe der Organisation die Arbeitervertretung einfach weg;  
 er hat wohl, im Gegensatz zu Herrn v. Berlepsch, nie eine  
 Schwäche für irgend welche Organisation der Ausgebauten  
 gehabt, und das Geschrei der Zünftler machte ihn vollends  
 müde. Bei den Innungs-Ausschüssen (durch die bekannt-  
 lich die Berlepsch'schen Ausschüsse des gesammten, auch  
 des innungsfreien Handwerks eines Bezirks ersetzt werden)  
 hielt der Bundesrath es sogar für überflüssig, seine  
 abweisende Stellungnahme überhaupt mit einem Worte zu be-  
 gründen. Bei der Handwerkskammer heißt es in den Motiven  
 wenigstens: „Eine Vertretung der Gesellenchaft steht der  
 Entwurf nicht vor, dagegen bieten die Bestimmungen im

§ 103d des Artikels 1 die Möglichkeit (!), zu den Verhand-  
 lungen der Handwerkskammer und ihrer Ausschüsse in ge-  
 eigneten Fällen auch Gesellen zuzuziehen.“ Die Arbeiter können  
 hiernach nämlich wie alle möglichen anderen „Sach-  
 verständigen“ zu gewissen Beratungen gnädigst herbeigeholt  
 werden.

Hier war schließlich das Zentrum seinen Wählern gegen-  
 über zu sehr verpflichtet. Was redet es seinen Getreuen im  
 Lande nicht seit Jahren alles vor von den brüderlich  
 zusammenwirkenden Berufsorganisationen der Arbeiter wie der  
 Unternehmer, und hier, im ersten unschuldigsten Ernstfalle,  
 sollte man sich nicht einmal bis zu dem Vorschlage eines  
 preussischen Handelsministers vorwagen können? So hat denn  
 schließlich wenigstens die Handwerkskammer ihren Gesellen-  
 ausschuß erhalten.

Aber die Befugnisse der Gesellenvertretungen sind  
 wesentlich eingeschränkt. Bei den Innungen ist allerdings im  
 Geses weiter wie in dem preussischen Entwurf vorgeschrieben,  
 daß bei der Beratung und Beschlußfassung des Innungs-  
 vorstandes mindestens ein Mitglied des Gesellenausschusses  
 mit vollem Stimmrecht zugelassen ist;  
 daß bei der Beratung und Beschlußfassung der Innungs-  
 versammlung seine sämtlichen Mitglieder mit vollem  
 Stimmrecht zugelassen sind;

daß bei der Verwaltung von Einrichtungen, für welche  
 die Gesellen (Gehilfen) Aufwendungen zu machen haben,  
 abgesehen von der Person des Vorsitzenden, Gesellen, welche vom  
 Gesellenausschuß gewählt werden, in gleicher Zahl zu be-  
 theiligen sind, wie die Innungsmitglieder.

Das mag in mancher verlotterten alten Innung noch  
 immer einen Fortschritt darstellen und die Gesellen werden ihn  
 anzunehmen wissen. Er ist jedoch keineswegs eine Ausgleichung  
 gegenüber der Verstärkung der Meisterposition, die das ganze  
 Geses bezweckt. Als eine solche Ausgleichung konnte noch nicht  
 einmal die Berlepsch'sche Regelung angesehen werden. Diese  
 schloß aber ein, daß (§ 85c)

auf Antrag des Gesellenausschusses die Ausführung von  
 Beschlüssen der Innungsversammlung aufzuschieben und die  
 Entscheidung der Aufsichtsbehörde herbeizu-  
 führen ist.

Dierin lag offenbar für die Gesellenvertretung ein starker  
 Antriebsmoment, sofort zu jedem Schritt der Innung ihrerseits  
 Stellung zu nehmen; gelang es ihr, die Behörde für ihre Be-  
 denken zu gewinnen, so war jeder Innungsbeschuß ins Wasser  
 gefallen. In dem schließlich angenommenen § 95 hat der  
 Gesellenausschuß das gleiche Recht nur in folgenden An-  
 gelegenheiten:

bei der Regelung des Befehlswesens und bei der Gesellen-  
 prüfung, sowie bei der Begründung und Verwaltung aller Ein-  
 richtungen, für welche die Gesellen (Gehilfen) Beiträge entrichten  
 oder eine besondere Mithaltung übernehmen, oder welche zu  
 ihrer Unterstützung bestimmt sind.

Damit ist der Kreis der Einwirkung der Arbeiterschaft  
 viel enger gezogen. Die eigentlichen Zünftler fanden ihn  
 trotzdem noch nicht beschränkt genug. Einmal wollten sie es  
 — so auch in der Reichstagskommission — der Bestimmung  
 des Statuts“ vorbehalten, in welcher Stärke der Gesellen-  
 ausschuß zu den Vorlaufsitzungen und der allgemeinen  
 Innungsversammlung, sowie zu der Verwaltung der Innungs-  
 einrichtungen heranzuziehen sei. Ein Antragsteller wollte sogar  
 die Gesellenausschüsse nur für die Zwangsinnungen, weil  
 kein Bedürfnis dafür anerkannt werden könne, den freien  
 Innungen, zumal dieselben in erster Linie die Interessen der  
 Meister wahrzunehmen hätten, die Einrichtung von Gesellen-  
 ausschüssen gesehlich zur Pflicht zu machen; die Theilnahme  
 von Vertretern der Gesellen an solchen Beratungen und Ver-  
 handlungen, welche lediglich Angelegenheiten der Meister  
 betrafen, entbehre jeder Berechtigung.“ Von anderer  
 Seite wurde angeführt, daß die Zünftler „den Gesellen ihre  
 Rechte zwar gern gewähren wollten, jedoch einer gesehlichen  
 Fixierung derselben, wie sie der Entwurf vorschlägt, abgeneigt  
 wären“.

Unter solchen Umständen waren natürlich alle Anträge  
 unserer Genossen ganz aussichtslos. Als z. B. die Uebertragung  
 der Werkstätten zur Erörterung stand, wollten unsere Vertreter  
 dem „Innungsbeauftragten“ einen Vertreter des Gesellen-  
 ausschusses beordnen. Die Regierung machte jedoch geltend,  
 daß die Huzierung der Gesellen zu den Revisionen dem fried-  
 lichen Einvernehmen und der ruhigen Vornahme der Besch-  
 tigung schwerlich dienlich sein werde.“ Damit war die Frage  
 abgethan. Was geht auch die Arbeiter der Zustand ihrer  
 Arbeitsstätten an!

Die gleiche Beschränkung der Kompetenz des Gehilfen-  
 ausschusses wiederholt sich dann bei der Handwerkskammer,  
 deren Bezirk wohl meistens mit denen unserer Handelskammern  
 zusammenfallen wird. Auch im preussischen Entwurf durfte  
 der Gesellenausschuß allerdings bei Angelegenheiten, welche die  
 Verhältnisse der Gesellen und Lehrlinge betrafen, nur ein  
 Gegengutachten an die Behörden einreichen, nicht aber die  
 Beschlüsse der Kammer beanstanden.

Dagegen fällt jetzt die ganz andere Bildung der Hand-  
 werkskammer und des Ausschusses ins Gewicht. Nach dem  
 alten Entwurf wählten (wenn auch indirekt: durch die Hand-  
 werksausschüsse) zur Kammer alle Meister, auch die außerhalb  
 der Innungen und der Gewerbevereine bleibenden; ebenso  
 zum Gesellenausschuß alle Gesellen, auch die in den  
 Innungs-Gesellenausschüssen nicht vertretenen. Jetzt ruhen  
 die Handwerkskammer-Wahlen ausschließlich auf den  
 Innungen und auf denjenigen Vereinen, welche die

Förderung der gewerblichen Interessen des Handwerks ver-  
 folgen“ — die Gehilfenausschuß-Wahlen ausschließlich auf den  
 zufällig bestehenden „Gesellenausschüssen des Bezirks“, nur  
 kann die Landes-Zentralbehörde „anordnen, daß und in  
 welcher Zahl dem Gesellenausschuße auch Vertreter derjenigen  
 Gesellen angehören sollen, welche von den (zur Handwerker-  
 kammer) wahlberechtigten Mitgliedern der dort bezeichneten  
 Gewerbevereine und sonstigen Vereinigungen beschäftigt werden“.  
 Das war wohl der fürchterlichste Einfall, den Herr Dike jemals  
 gehabt hat. Vor den Meister kann man ja allenfalls noch hintreten  
 und sagen: hast Du wirklich ein Interesse an der Thätigkeit  
 der Handwerkskammer, so kannst Du auch das kleine Opfer  
 bringen, irgend einem gewerblichen Verein beigetreten. Aber  
 der Gehilfe, dem an der Einwirkung auf die Handwerks-  
 kammer liegt, kann doch seinen Meister nicht zum Beitritt  
 zwingen. Was kann er dafür, daß der Meister nicht will?  
 Indes, wählen darf er dann nicht, wenn die Handwerkskammer  
 auch als Vertretung des Gesamthandwerks anordnet, prüft,  
 Gutachten abgibt, so viel es ihr nur beliebt.

Einen einzigen kleinen Fortschritt bietet dagegen das Geses  
 gegenüber dem Berlepsch'schen Entwurf: die Armenunterstützung  
 hebt die Wählbarkeit zum Gesellenausschuß nicht auf.

#### Politische Uebersicht.

Berlin, 12. Juli.

Der deutsche Kaiser, der sich auf seiner üblichen Nordland-  
 reise befindet, ist von einem kleinen Unfall betroffen worden.  
 Ein Schiffstau ist ihm ins Auge geschlagen und er hat ärzt-  
 liche Hilfe in Anspruch nehmen müssen.

Geschäftsblätter und politische Blätter, denen die Politik  
 ein Geschäft ist, brauchen den kleinen Unfall ungebührlich  
 auf. Sie lassen Extrablätter fliegen, schreiben Leitartikel,  
 lassen sich medizinische Gutachten spaltenlang anfertigen —  
 diese samosen „Patrioten“. Da findet sich Scherl mit Woffe  
 im trauten Bunde; das Berliner Tageblatt“ bringt eine  
 ordentliche physiologische Abhandlung über Augapfel, Augen-  
 zwiesel, Aderhaut, Sehhoch, Ciliarkörper u. s. w., um zu dem  
 Schlusse zu gelangen, daß solche Verletzungen, wie sie den  
 Kaiser betroffen, „ganz belanglos“ zu sein pflegen.  
 Auch die „radikale“, sich höchst demokratisch gebärdeude „Berl.  
 Ztg.“ ließ sich die Sache ein Extrablatt kosten. Die konser-  
 vativen Organe, welche Hymanthiner nicht bloß aus Geschäfts-  
 gründen, sondern nebenbei auch aus Ueberzeugung sind, be-  
 nehmen sich weit sauberer, sie machen aus dem Vorkommniß  
 kein Ereigniß.

Aber der geschäftige Liberalismus ist glücklich, wenn er  
 bei all' seiner Opposition gegen „Börsenbedrückung“ und  
 Agrarierbevorzugung einmal bequem in Patriotismus machen  
 kann.

#### Die „Königstreue“ und das persönliche Regiment.

Die konstitutionelle Monarchie ist eine Halbheit. Das ist für  
 beide Theile schlimm, für das Volk wie für den Monarchen;  
 Der absolute Monarch ist frei, schaltet frei, ohne Widerspruch,  
 „von Gottes Gnaden“. Aber auch der konstitutionelle Mon-  
 arch ist „von Gottes Gnaden“. Soll er nun seine Worte nicht  
 sagen, wie es ihm gut dünkt? Soll er Rücksichten nehmen  
 auf die Meinungen anderer? Soll er sein Temperament  
 zügeln, seine Natur verleugnen, seine Gedanken verbergen?

Mancher Monarch kann das, mancher leunt es. Wer  
 aber in tiefer Seele erfüllt ist von seinem „Gottesgnaden-  
 thum“, wird es schwer über sich vermögen. Ihm wird das  
 System des Parlamentarismus ein schlimmes Hinderniß sein.  
 Er selbst aber wird den Verfechtern der Volkssouveränität  
 ebenso ein Hinderniß werden. Der Widerspruch im Begriffe  
 der konstitutionellen Monarchie tritt an das Tageslicht.

Zu solchen Folgen scheint die gegenwärtige Lage hinzu-  
 treiben. In den gemäßigten Kreisen des deutschen Bürger-  
 thums erhebt sich ein Klagen, wie es kaum je gehört, über  
 das persönliche Regiment, über ein zu starkes Hervortreten  
 des Monarchen mit seinen persönlichen, subjektiven, wechselnden  
 Meinungen.

In Blättern, deren „Loyalität“ unweifelhaft ist, finden  
 sich neuerdings Aeußerungen und Anspielungen gegenüber der  
 höchsten Stelle des Staates, wie sie sonst kaum bei d. n. Natio-  
 nallisten sich fanden. Was früher nur die Extremisten sagten,  
 was die „Rasvollen“ bisher nur zu flüsteru wagten, das lassen  
 sie nun breit und laut hinauserschallen. Wesh das Herz voll  
 ist, läuft der Mund über.

Ein nationalliberales rheinisches Blatt giebt jenen  
 Stimmungen in recht drastischer Weise Ausdruck. Wir wollen  
 einige Stellen daraus zitieren; alles zu zitieren, dürfte für eine  
 sozialdemokratische Zeitung nicht recht angängig sein:

„Die Erbitterung in den weitesten Kreisen des Volkes über die  
 Art, wie heute regiert wird, steigt zusehends und hat bereits eine  
 Gestalt angenommen, die befürchten läßt, daß wir einer Koalitionzeit  
 zureiben, in welcher die Massen mit den äußersten ihnen  
 gesehlich erlaubten Mitteln nach dem offenen Ausdruck  
 ihrer wirklichen Meinung greifen. Es ist wahrlich schon  
 an sich ein bezeichnendes Symptom für die Größe dieser  
 Erbitterung, daß ihre unerbittliche Kundgebung sich auch in Blättern  
 findet, deren Spalten bisher fast ausnahmslos nur für Anerkennung  
 der Regierungspolitik Raum übrig hatten. Aber damit ist dieses  
 Symptom der Volksstimmung nicht erschöpft. Sondern sein be-  
 deutungsvoller Teil besteht darin, daß in den genannten Zeitungen  
 auch Stellen Aufnahme finden, in denen die Hauptschuld an den  
 heutigen innerpolitischen Zuständen der Krone selbst zugewiesen wird.  
 Leben wir denn wirklich abermals in eine Zeiterpoche hinein, in

welcher man den heftig klopfenden Pulsschlag der Massen nur erst dann wieder vernimmt, wenn die Wucht der Opposition überhaupt jedes weitere Regieren unmöglich macht, von Schlimmerem gar nicht zu reden? Das wir eine dermaßen oppositionelle Begreiflichkeit wider die Regierung binnen Jahresfrist, wenn die Reichstagswahlen herangerückt sind, zu konstatieren haben werden, steht außer Zweifel für jeden, der die Bahn, auf welcher das erregte und erbitterte Volk seit einigen Monaten zuerst jagend, dann immer festeren Schrittes getreten ist, bis zu Ende zu überblicken vermag. Ja es ist sogar die Gefahr nicht ganz außer Möglichkeit zu sehen, daß die nächsten Wahlschlachten die und da in tumultuarische Kundgebungen nach oben ausarten. . . .

Nachdem das nationalliberale Blatt alsdann von der Liebe der Deutschen zu ihrem Herrscherhaus und von dem Jubel, mit dem auch Wilhelm II. seinerzeit empfangen wurde, gesprochen, fährt es fort:

„Soweit reicht aber selbst die vielgerühmte brandenburgische Treue auch nicht, daß sie in dem Monarchen einen über alle Schwäche erhabenen Menschen erblickt. Und das übrige Volk, welches nicht die höchst anzeigbare Ehre hat, zu den Junkern zu zählen, wird ja schon seit einiger Zeit von allerhöchster Stelle ungewollt darauf gestoßen, daß auch das gekrönte Haupt menschliche Schwächen haben kann. . . . Und wenn von den Präsidenten im Reichs- und Landtag noch so oft erklärt wird, die Person des Monarchen möge nicht in die Diskussion hineingezogen werden, so kann diese allpreussische Tradition nur eben so lange Geltung beanspruchen, als der Monarch nicht selber durch seine Handlungen auf politischem Gebiete diese Diskussion heraufbesordert. Daß das deutsche Volk den Mund nicht verschlossen hält, auch wenn es sich um Willensäußerungen des Kaisers handelt, hat es bewiesen. Es wird aber noch weiter schreiten, wie Andeutungen in der Presse erkennen lassen, welche auf die nächsten Wahlen abzielen; es wird mit den ihm zustehenden gesetzlichen Mitteln, unter Anwendung derselben bis zur äußersten Grenze, ungewissheit zu erkennen geben, daß es dem sic volo, sic jubeo des Herrschers sein eigenes sic volo, sic jubeo vorant, und wenn möglich, entgegenstellt. Bei einer so komplizierten gewordenen Regierungsmaschine wie der heutigen, ist es ja nun einmal unüberwindlich, daß ein noch so geistig bedeutender Monarch alle Theile derselben so genau seinem Willen einverleibt, um aus letzterem heraus den richtigen Griff nach dem richtigen Hebel machen zu können. . . .

Das deutsche Volk will und kann selbst seinen Kaiser nicht das Recht einräumen, dies aus persönlicher Ueberzeugung heraus zu regieren, welche nicht zuvor von den allein in Regierungssachen kundigen und zuständigen Ministern begutachtet und revidiert worden ist. Die Nation will nicht je nach der Art dieser Auffassung heute das verbrennen, was sie gestern angedeutet hat. Sie . . . verlangt einmal wieder eine wirklich konsequente mit den Volkswünschen und -Ideen im Einklang bleibende Staatsleitung eines in seinen Entscheidungen nicht mehr von der unverantwortlichen Stelle aus ihm- und hergeschobenen Ministeriums. Nachdem die Dinge durch das Hervortreten des Monarchen zu einem Stadium wie heute gelangt sind, scheint es Zeit, daß der letztere sich wieder mehr, wohl auch ganz, hinter seine Minister zurückzieht.

Wir verzeichnen diese Auslassung des rheinischen Blattes lediglich als „Reichen der Zeit“. Denn von unseren prinzipiellen Grundfragen aus betrachtet, hätten wir keine Veranlassung, solchen Kritiken zuzustimmen. Von Gottes Gnaden und hinter den Minister zurücktreten“ scheint und ein Widerspruch in sich selbst.

Aber auch das ist uns interessant an diesen Schmerzenslauten der bürgerlichen Presse, daß sie nämlich beweisen, wie der Liberalismus, Zwitter in all seinen Gestaltungen und all seinem Denken, auch der Monarchie nur so lange huldigt, als sie nicht ihr volles Recht in Anspruch nimmt, als sie nicht ganz Monarchie, Alleinherrschaft sein will. —

Die Nationalliberalen wollen nicht Christo heißen. Die Mitteilungen für die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei bringen einen äußerst scharfen Artikel unter der Ueberschrift „Regierung und Volksvertretung in Preußen“, worin die Spekulation auf Sinnesänderung der Nationalliberalen bezüglich des Vereinsgesetzes auf das energischste zurückgewiesen wird; die Einmütigkeit der Partei werde bei der bevorstehenden Abstimmung, die die Verhältnisse des Herrenhauses begrabe, von neuem bewiesen. „Das übrig bleibt“, heißt es weiter, „ist nur zu sehr danach anzugehen, die innere Lage noch mehr zu verwirren. Eine Regierung, die seit Monaten aus dem Dämmer nicht heraufgekommen und an Ansehen eine Einbuße erlitten, kommt, vom Herrenhaus endlich aufgeführt, zu einem Entschlusse; aber der ist nur aus der Erwartung entsprungen, daß in der Volksvertretung eine mehr oder minder große Zahl von Christen sich finden und dem endlich gewonnenen Standpunkt der Regierung eine Mehrheit entziehen lassen werde!“

So haben die Nationalliberalen selbst die Lösung gegeben: Wer dem Vereinsgesetz zur Annahme verhilft, ist ein Christ! Öffentlich brauchen wir die Partei nach dem 24. Juli nicht an dieses Wort zu erinnern.

Ueber die Friedensverhandlungen liegen heute keine wichtigen Nachrichten vor. Die Antworten der Mächte auf die Note des Sultans, ihm weitere Zugeständnisse zu machen, sollen übereinstimmend dahin gelautet haben, daß die Mächte den Sultan die Annahme des Friedens unter den von den Vorschlägern aufgestellten Bedingungen empfehlen. Auch der Wunsch des Sultans, Verhandlungen nach Kreta schiden zu wollen, erfuhr eine abweisende Antwort seitens der Mächte. —

Die Session der französischen Kammer dürfte morgen geschlossen werden. Zwei Gründe veranlassen Meline dazu, er will das Zustandekommen der der Bourgeoisie nicht geordneten Steuerreform hintertreiben und dann fürchtet er, daß bei der Entwicklung der Panamafrage leicht ein unvorhergesehener Fritschenschuß den Rücktritt des Cabinets unvermeidlich machen könnte. —

### Deutsches Reich.

— Die bevorstehende Reichstagswahl in der Westpreign bringt den Deutsch-Konservativen recht viel Kummer. Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt:

Die „Hannoversche Post“ glaubt, für die Reichstagskandidatur der deutsch-sozialen Reformpartei in der Westpreign auf die Unterstützung durch den Bund der Landwirthe rechnen zu können, und beruft sich auf eine Rede, die der neue Direktor des Bundes, Hr. Dr. Hahn, kürzlich in einer Versammlung in Friesdorf gehalten hat. Dr. Hahn soll dort nämlich erklärt haben, die deutsch-soziale Reformpartei habe die Forderungen des Bundes ebenso, ja z. B. in der Frage der Handelsverträge besser unterstützt als die Konservativen. Es sei daher ein Fehler, daß der Bund die konservativen Kandidaten bevorzugt habe.

Sollte sich der Abgeordnete Dr. Hahn wirklich so ausgedrückt haben, so hätte die konservative Partei mit einer Aenderung der bisherigen Politik des Bundes der Landwirthe zu rechnen.

Wenn die Deutschkonservativen die schwere Missethatsung des Volkes gegen die Regierung und die agrarischen Uebergriffe bekämpfen sollten und außerdem noch den schweren Geldbeutel des Bundes der Landwirthe bei den nächsten Wahlen gegen sich haben, dann wird die Partei nicht zu bestehen sein. —

— Die Rechtsprechung des Reichsgerichts sollte als Auslegung der Gesetze durch den höchsten Gerichtshof maßgebend

für die Urtheile der unteren Instanzen sein. Für Richter, Anwälte und auch für das Recht suchende und Urtheile entgegennehmende Publikum können aber die Entscheidungen des Reichsgerichts in vielen Fällen nicht maßgebend sein, weil sie sich nur zu häufig wiederholen. In der „Juristischen Wochenschrift“ wird dieser Uebelstand besprochen. Der Verfasser knüpft an einen feiner vom Reichsgerichtsrath Ebber veröffentlichten Aufsatz an, in dem ausgebeugt war, daß sich vielfach in den Entscheidungen des Reichsgerichts Widersprüche finden. Es wird dann ausgeführt, in der letzten Zeit sei es vielfach vorgekommen, daß ein Senat des Reichsgerichts über eine Frage entschieden habe, ohne zu wissen, daß er selbst oder ein anderer Senat über dieselbe Frage vorher eine entgegengesetzte Entscheidung gefaßt hatte. An dem Reichsgericht sei es, Einrichtungen zu treffen, daß alle Entscheidungen alsbald nach ihrem Erlasse zur sicheren Kenntniß der Mitglieder gelangen und daß sie von ihnen getreulich befolgt würden. An Hand einer Reihe von Entscheidungen, zumeist aus den Jahren 1895 und 1896 wird dann dargelegt, daß die Nothwendigkeit schleuniger Abhilfe gegeben sei. Auch im Reichstage ist jüngst bei Veranlassung der Grundbuchordnung Klage darüber geführt worden, daß das Reichsgericht die Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Einholung eines Plenarbeschlusses sehr mangelhaft ausführe und in seinen Entscheidungen diese Bestimmung auf das eklatanteste verletze habe.

Jeder Arbeiter wird aber ohne Gnade eingesperrt, wenn er ein ihm gänzlich unbekanntes Gesetz übertreten hat. Unkenntniß des Gesetzes schützt Nichtjuristen nicht vor Strafe. —

— Die diesjährige Märznummer hat noch spät ein Strafverfahren gezögert. Ein ostelbischer Staatsanwalt hat allerlei Vergehen in der Erinnerungszimmer gefunden. Er hat Anklage gegen einen Gutbesitzer der dortigen Gegend erhoben, welcher die Märznummer einem bei ihm Arbeitenden gegeben hat, und gegen diesen wiederum, der die Nummer an einige Personen weiter gegeben hat. Die Anklage lautet auf Verleumdung der ostpreussischen Geistlichkeit und auf — groben Unfug. Es sind nämlich im Heftchen der Märznummer die zehn Gebote der Arbeiter aus einem Flugblatt von 1848 abgedruckt, in denen gewissen Geistlichen der Zeit gelehrt wird. Wiso dadurch die Geistlichkeit, ferner gerade die ostpreussische Geistlichkeit, endlich die heute lebende Geistlichkeit beleidigt worden sein soll, ist schwer verständlich. Der „grobe Unfug“ soll anscheinend durch den sonstigen „anreizenden“ Inhalt der Druckschrift begangen sein.

Es ist merkwürdig, daß es dem Scharfsmann eines weltfernen ostelbischen Staatsanwalts vorbehalten bleiben müßte, diese Vergehen zu entdecken, da doch die Märznummer der ausserordentlichen Prüfung der Behörde am Druckorte unterlegen hat. Was von allen Staatsanwälten im ganzen übrigen Deutschland richtig als historische Gedächtnis angefaßt wurde, deren Verbreitung völlig gesetzlich ist, erscheint unter der russischen Censur als Verleumdung und Unfug. Es steht zu erwarten, daß das Gericht die Anklage entweder von vornherein ablehnt oder doch die Angeklagten freispricht. —

— Vom Versammlungsrecht. Von national-sozialer Seite erhält die „Heftische Landeszeitung“ folgende Zuschrift: „Es war von national-sozialer Seite eine öffentliche Versammlung in Sterzhausen geplant, in der Herr v. Gerlach reden sollte. Nun hat aber der dortige Bürgermeister dem Gasmirch Pfeiffer, der die Versammlung anzumelden kam, die „Genehmigung“ verweigert, sodas nun um der Kürze der Zeit willen die Versammlung ausfallen muß. Das ist nun bereits der zweite derartige Fall im Kreise Marburg. Das erste Mal war es der Bürgermeister von Schönstadt, der im Wohlgefühl seiner Macht erklärte: „Wir leben hier so friedlich, wir wollen keine politische Versammlung.“ Demals wurde ihm infolge einer Beschwerde beim Landratsamt eine private Belehrung über das Vereinsgesetz zu theil. Was half das aber den Versammlungsveranstaltern? Ihr Plan war vereitelt. So auch jetzt in Sterzhausen. Es dürfte wohl angebracht sein, demgegenüber das königliche Landratsamt zu ersuchen, durch eine allgemeine Verfügung die Herren Bürgermeister über das Vereinsgesetz zu belehren, daß sie Versammlungen weder zu „genehmigen“ noch zu „verfagen“, sondern lediglich die erfolgte Anmeldung zu bescheinigen haben. Denn es muß dem königlichen Landratsamt, dem betruenen Hüter der Gesetze, am Herzen liegen, solche Ungeheuerkeiten der ihm unterstellten Bürgermeister zu verbieten.“ — Soweit die Zuschrift. Es liegt, sagt das zitierte Blatt ganz richtig hinzu, viel Naivität darin. Auf die Verfügung des Landratsamts können die Nationalsozialen lange warten. Ueber das Sterzhauser Ereignis sind wir privatim auch informiert. Unsere Quelle besagt, daß Herr Hammer die Versammlung nicht „verboten“, sondern auf den Tisch nur „gut“ eingeregelt habe. Wenn die Herren Nationalsozialen erst länger in der Öffentlichkeit wirken, werden sie sich über solche Kleinigkeiten nicht mehr aufregen.

Ueber letzteres empfinden wir etwas anders. „Aufregen“ braucht man sich allerdings nicht, aber „Kleinigkeiten“ sind das gewiß auch nicht. Es gilt vielmehr, in jedem einzelnen solchen Falle mit aller Zähigkeit sein Recht verfolgen. Generelle Anordnungen zu erlassen werden sich die oberen Behörden hüten, man muß daher jeden besonderen Fall durchführen. Das schlimmste ist, wenn die Staatsbürger durch die fortwährenden Verbote sich ermannen lassen und sagen: „Es hilft ja doch nichts.“ Der Staatsbürger muß es länger aushalten können, als die Beamtenchaft. —

— Eine kändige Zentralkasse für Wohlfahrtspflege auf dem Lande ist im Anschluß an die Postliche Zentralkasse für Arbeiter-Wohlfahrtsvereinigungen begründet worden. Die Thätigkeit des Instituts soll sich auf Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände, Förderung der inneren Kolonisation, Pflege des Geistes- und Gemüthslebens erstrecken. Man geht mit sehr großen Hoffnungen an das Unternehmen heran, denn eine größere Zahl bekannter Persönlichkeiten, so Hr. v. Verlesch, Abg. Dr. Hlbe, Frdr. v. Huene u. a., beigetreten sind. Wie man den großen Fragen der Agrarfrage beikommen will, sieht man aus dem jetzt erlassenen Aufruf nicht recht. Jedenfalls scheinen die Mittel ziemlich unbedeutender Natur zu sein.

— Militärstrafprozess-Reform und Bayern. Es wird mit Recht jetzt an die Verhandlungen erinnert, welche 1891/92 im bayerischen Landtage über die im Reich vorgeschriebene Reform des Militärstrafprozesses stattfanden und an die Stellung der bayerischen Regierung dazu. Damals sprach der Kammerpräsident Walter seine Ueberzeugung aus, daß, wenn man noch einmal in Bayern eine Militärstrafprozess-Ordnung zu erarbeiten hätte, niemand sich finden würde, der mit den Grundfragen der Öffentlichkeit und Mündlichkeit und insbesondere mit der Einrichtung ständiger Gerichte zu brechen Lust hätte. Da jetzt die Inständigkeit für die neue Gesetzgebung auf das Reich übergegangen sei, habe die Kammer allen Anlaß, ihre Ueberzeugung und Wünsche in dieser Frage der Staatsregierung zum Ausdruck zu bringen. Nachdem der damalige Kriegsminister v. Safferling namens der Staatsregierung die Bereitwilligkeit erklärt hatte, für die Grundfrage der bayerischen Militärstrafprozessordnung, soweit sie sich durch die Erfahrung erprobt habe, und namentlich für das Prinzip der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in wirksamer Weise einzutreten, und für die liberale Linie der Kammer Frdr. v. Stauffenberg in gleichem Sinne wie der Vorredner gesprochen, wurde einstimmig der Antrag angenommen, welcher bis auf den heutigen Tag der Ueberzeugung von Regierung und Volk in Bayern zum Ausdruck dient, nachdem sowohl die Kammer der Reichsräthe als die Krone im Landtagsabschied sich in gleichem Sinne geäußert hatten. Die formelle Bitte ging dahin, die bayerischen Bevollmächtigten zum Bundesrath möchten bei Veranlassung einer deutschen Militärstrafprozess-Ordnung nur einem Entwurf zustimmen, in welchem die in der bisherigen bayerischen Militärstrafgerichtsverfassung und Militärstrafprozess-Ordnung enthaltenen, durch die Erfahrung erprobten Grundzüge, insbesondere die Selbstständigkeit der Gerichte sowie die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Hauptverfahrens, wirksam gewahrt wird.“

Auf den gleichen Boden hat sich der Reichskanzler, dessen Namen das bayerische Einfuhrgesetz von 1889 trägt, gestellt, und auch diesem Standpunkt entspricht seine Erklärung vom 18. Mai vorigen Jahres.

Aber die vorläufigliche preussische Militärstrafprozess-Ordnung hat schon so manches Versprechen und manchen Kanzler überdauert, warum soll sie nicht auch Ouel Glodwig überleben? —

— Umgangsformen in Puttkamerun. Das „Reichsblatt“ veröffentlicht folgenden ihm aus Ostpreussen zur Verfügung gestellten Brief:

„Gr. Pöbloth, den 18. Juni 1897!  
Lieber Freund!

Möchte Ihnen mittheilen, wie es mit der Pferdemonstrierung am 27. April d. J. in Klein-Pöbloth ergangen ist. Ich bin schon 66 Jahre alt; so etwas habe ich aber noch nicht erlebt und auch nicht gewußt, daß ich in den Jahren ein Thier geworden bin. Der Sachverhalt ist der: Der Herr Landrath v. Puttkamer des hiesigen Kreises hatte in dem obengenannten Orte die Pferdemonstrierung auf der öffentlichen Landstraße in der Richtung von Möhlin nach Gr. Pöbloth vorgenommen, wo an einer Seite ein großes Gebäude und auf der anderen Seite ein 8 Fuß hoher Stadtengpaß steht. Ich war mit der Pferdemonstrierung durch und war entlassen.

Bei dem dortigen Schmied spannte ich mein Pferd vor den Wagen und fuhr nach Hause, nach Gr. Pöbloth zu. Nun komme ich an die Stelle, wo der Landrath die Pferdemonstrierung abhält. Ich halte zehn Minuten an, bis die Abtheilung Krämer Gut durch war; ich fuhr hinterher, weil sonst kein Ausweichen war.

Wie ich ziemlich an die Kommission ran bin, schreit mit einem Male der Landrath v. Puttkamer: „Das will ein Gemeindevorsteher sein! Das ist ein Esel! Der fährt durch die Abtheilung! Das ist auch so einer vom Nordost!“ (Dabei war die Abtheilung ja schon durch! So viel habe ich früher beim Militär auch geleert, daß man nicht durch die Abtheilung geht oder fährt; denn ich habe 4 Jahre gedient bei den 4. Ulanen, und ich bin auch Landwehr-Unteroffizier gewesen.)

Ich wollte erst auf Zureden der Zeugen die Verleumdungsfälle anstrengen, habe mich aber anders darüber besonnen. . . .

Ob ein solches Benehmen mehr aristokratisch, oder mehr landrätlich ist, lassen wir dahingestellt. Jedenfalls ist es nicht sehr verwunderlich von einem Herrn aus dem zahlreichen Geschlecht derer v. Puttkamer. —

### Schweiz.

Bern, 11. Juli. In der heutigen eidgenössischen Volksabstimmung wurde die Revision der Bundesverfassung bezweckend Ausdehnung der Oberaufsicht des Bundes auf die Forstpolizei des ganzen Landes, sowie ferner die Verfassungsdirektion bezweckend die Uebertragung des Rechtes der Gesetzgebung über die Lebensmittel-Polizei an den Bund mit beträchtlicher Mehrheit angenommen. In der Volksabstimmung des Kantons Bern wurde die Einführung des Proportional-Wahlsystems für die gesetzgebende Behörde abgelehnt.

### Frankreich.

Paris, 10. Juli. Die Freitagssitzungen der Kammer waren durch einen ausdrücklichen Beschluß für die Veranlassung von Entwürfen betreffend „Arbeiter- und soziale Fragen“ vorbehalten. In Wirklichkeit dienen sie mit verschwindenden und inhaltlich nebensächlichen Ausnahmen für die Durchsicht von arbeiterfeindlichen Gesetzen. So kam in den letzten Freitagssitzungen ein Zollgesetz zu Stande, das nach italienischem Muster den feststehenden Namen eines „Hängefloß“-Gesetzes trägt und das französische Gesetz von 1814 wieder zu Ehren bringt. Die Regierung erhält die Vollmacht, einen Entwurf betreffend Zollverhöhung auf Getreide, Wein und Vieh sofort nach dessen Einbringung im Parlament in Kraft treten zu lassen. Man beabsichtigt damit, der Spekulation einen Regel vorzuschreiben, welche in der Zeit zwischen der Einbringung und dem Votum einer Zollvorlage den inländischen Markt durch fieberhafte Einfuhr des bezüglichen Produkts überschwemmt und so eine Zeit lang die Wirkung des Zollgesetzes durchkreuzt. Zum Glück für die Konsumenten ist es aber ganz unwahrscheinlich, daß die Spekulanten von der Einbringung einer Zollvorlage überführt werden. Die Folge wird sein, daß die Spekulation einfach vor der Einbringung der Vorlage dasselbe thun wird, was sie bisher während der parlamentarischen Beratungen that. In die ganze Grundlage des „Hängefloß“-Gesetzes hinsichtlich, so ist die folgende Bestimmung des Gesetzes sinnlos ungerecht. Der provisorisch erhobene Zoll soll nämlich im Falle der Verwerfung der Vorlage dem Importeur zurückerstattet werden, trotzdem derselbe inzwischen durch den Verkauf seine Zollauslagen bereits wieder eingebracht haben wird. Die ebenso komische wie überwältigende schutzöllnerische Kammermehrheit blieb aber taub gegen alle Argumente der dünn gestreuten bürgerlichen Freihändler und der Sozialisten. Sie stimmte alle Gegen- und Zusatzanträge systematisch nieder. Der Hintergedanke der Schutzöllner bei dem Eintreten für das an sich haltlose Nachwort besteht freilich darin, dem Parlament hinsichtlich die unbestehene Annahme jeder Zollvorlage aufzuzwingen zu können. Je unzuträglicher die Folgen der Ablehnung, desto besser für die Schutzöllner. In der Gesamtabstimmung wurde das Gesetz mit 411 gegen 210 Stimmen angenommen.

Der sozialistische Antrag auf Bewilligung einer Unterstützung von 100 000 Fr. für die arbeitslosen Kohlenarbeiter von Grand'Combe wurde auf Wunsch des Sozialistenbüros Baribon mit 261 gegen 237 Stimmen verworfen. Die Bourgeois-Republikaner haben bei dieser Gelegenheit mehr Rassen-garantien gezeigt als die Monarchisten, von denen eine große Anzahl für den Antrag stimmte. Wie bereits mitgetheilt, handelt es sich um mindestens 1000 Arbeiterfamilien, die seit drei Monaten darden und die in der Wehrzahl gar keine Aussicht auf Wiederanstellung haben. Die Kohlenbarone hatten ja meistens ältere Arbeiter auf Pfaster geworfen, die in keiner Kohlengrube mehr Beschäftigung finden können. Die Regierung hat sich in Umgehung ihrer Versprechungen während der Interpellationen über den Ausstand von Grand'Combe dazu aufgeschwungen, einer kleinen Anzahl jüngerer Kohlenarbeiter die Kosten der Ueberstellung nach dem Kohlenrevier von Vesdre-Calais zu bestreiten. Die übrige, dem Glend preisgegebene Masse soll mit einem Almosen aus dem Unterstützungsfonds des Ministeriums des Innern abgefertigt werden. —

Paris, 11. Juli. (Sig. Ver.) Wie groß die Furcht der Ordnungsparteier vor der agitatorischen Wirkung der Jaurès'schen Agrarrede ist, zeigt der gestrige Beschluß der Kammermehrheit, die Antwort Deschanel's auf Jaurès' Rede durch öffentlichen Anschlag in ganz Frankreich bekannt zu machen. Die sozialistenideologische Propaganda soll also auf Staatskosten betrieben werden.

Deschanel, von Hause aus ein Parteigänger der Bourgeois-republikaner, gibt sich seit einiger Zeit als der Verfolger seiner bankrotteten Partei. Schon in der vorjährigen Zukunftsank-Debatte hat er sich entschieden gegen das Wanderschaftsthum erklärt. In seiner gestrigen Rede setzte er den sozialistischen Forderungen einige harmlose sozialreformatorische Quasibehalten entgegen. Und wenn er die Angaben des Genossen Jaurès über das Verdrängen des kleinbäuerlichen Grundbesitzes bestritt, so konnte er sich dabei nur auf einen nicht beweisenden Vergleich zwischen der Vertheilung des Grundbesitzes vor der großen Revolution und derjenigen von 1882. Im übrigen erging er sich in den abgedroschensten Ausfällen gegen den Sozialismus. Seine stärkste Hoffnung auf die Niederlage des Sozialismus beruht darauf, daß Frankreich „ein Land der Offenheit und der Freiheit“ sei. . . . Wie es übrigens mit dieser „Offenheit“ bestellt ist, zeigte Deschanel selber in dem Abschluß seiner Rede, wo er unter dem Beifall der Sozialisten und dem verlegenen Schweigen seiner nächsten Parteifreunde die offene, freche Strafschloßheit der Spekulanten, dieser „Piraten und Begehrer“, geißelte. Er hat nur vergessen hinzuzufügen, daß diese Piraten

sozial und politisch Fleisch vom Fleische seiner eigenen Partei sind.

Die Fortsetzung der Debatte über die Agrarfrage wird in der außerordentlichen Versammlung stattfinden. Der gestrige Ministerrath hat nämlich beschlossen, die ordentliche Session am 12. oder spätestens am 13. Juli zu schließen. Damit wird die Steuerreform von neuem vertagt. Die Regierung versichert zwar, die Reform in der Versammlung zustande bringen zu wollen. In Wirklichkeit aber bedeutet die Vertagung einen verkappten Verzicht auf die Reform. Hat doch die Kammer die Veratung des Budgets für 1898 noch nicht einmal in Angriff genommen.

Die Panama-Untersuchungskommission zeigt hauptsächlich unter dem Einfluß der sozialistischen Mitglieder, immer mehr ehrliche Energie. So hat sie beschlossen, auf Grund der entdeckten Briefe an Meinach den parlamentarisch-finanziellen Mogeleten in der Telephon-Nachfassare auf die Spur zu kommen. Ferner hat sie das übermüthige Verhalten des ehemaligen Oberstaatsanwaltes Quesnay de Beaurepaire, der jede Aussage über seine notorische Panamitenretterei verweigert, damit beantwortet, daß sie auf Antrag des Genossen Viviani beschloß, die Thätigkeit der Justiz und speziell Beaurepaire's in den ersten Panama-Prozessen aufzudecken.

Paris, 11. Juli. Großes Interesse bot die gestrige stürmische Sitzung der Panama-Kommission, die besonders durch zwei wichtige Punkte ausgezeichnet war: durch einen Brief von Cornelius Herz und durch das Erscheinen des früheren Oberstaatsanwaltes Quesnay de Beaurepaire, der zur Zeit des Panamasskandals das Amt des öffentlichen Klägers bekleidete. Der Herz'sche Brief hat etwa folgenden Inhalt: Tankerville-Bournemout, den 8. Juli 1897. An den Präsidenten und die Mitglieder der Panama-Kommission. Gestatten Sie mir in Folge des neuerlichen Angriffs des Herrn Jambert und seiner lächerlichen Anschuldigungen zum ersten Male aus der Zurückgezogenheit hervorzutreten, welche mir durch die monstrosen, seinerzeit die ganze Welt aufregende Verfolgung auferlegt wurde. Wenn die neue Untersuchungskommission wirklich volles Licht erstrebt und volle Gerechtigkeit herbeiführen will, so bin ich bereit, ihr mitzutheilen, was ich über die verschiedenen Angelegenheiten und die darin verwickelten Personen weiß. Ich bitte den Herrn Präsidenten und die Mitglieder der Kommission zu mir nach Bournemout zu kommen, um aus meinem Munde die Wahrheit zu hören und alle Schriftstücke und Korrespondenzen, die ich besitze, sowie meiner Aussagen im Jahre 1892 in Empfang zu nehmen. Trotz meines schlechten Gesundheitszustandes stelle ich mich der Kommission unter jeder Bedingung zur Verfügung und werde für die Sache der Ehre bis zum äußersten geben. Herz, Cornelius. Dieser Brief wurde sofort dem Minister des Auswärtigen überreicht, damit derselbe dessen Echtheit ermittle. Gleichzeitig verglich die Kommission die Unterschrift mit derjenigen in den Akten. Der Abgeordnete Viviani, Mitglied der Kommission, erklärte, daß er von dem Advokaten Scott in Paris, der mit der Ordnung der persönlichen Angelegenheiten des Kranken von Bournemout beauftragt ist, eine Abschrift des Briefes an die Kommission erhalten habe, weil dieser fürchtete, das Original könnte nicht in die Hände derselben gelangen. Dann wurde Quesnay de Beaurepaire vorgelassen. Derselbe schlug es aus, daß er sich sofort zurückziehen werde, wenn irgend welche Fragen an ihn gerichtet würden, indem er sich hinter sein Berufsgeheimnis verschauelte. Die Kommission habe, sagte er, durch ihre Blation ihn zur Verleumdung der Besche veranlassen wollen, und dazu könne er sich nicht hergeben. Als Quesnay de Beaurepaire das Sitzungszimmer verlassen hatte, entspann sich zwischen den Kommissionsmitgliedern eine äußerst lebhaft Diskussion. Guyot-Dessaigne, ehemaliger Minister, schlug vor, Quesnay de Beaurepaire die Gründe zu verhandeln, die ihn veranlaßt hätten, nicht vor der Kommission auszusagen. Viviani beantragte folgende Motion: Die Kommission bedauert, daß Herr Quesnay de Beaurepaire das Berufsgeheimnis vorschützt, um Dinge zu verschweigen, die das Land und die Kommission wissen müssen und schiebt ihre Schuldfolgerungen sowohl im allgemeinen, als über den Fall Quesnay de Beaurepaire bis zur Beendigung der Durchsicht der Akten auf. Dieser Antrag wurde mit 20 gegen 8 Stimmen angenommen.

Die Zeitungen „Libre Parole“, „Lanterne“ und „Petite République“ sollen gerichtlich verfolgt werden, weil sie einen Brief veröffentlichten, der aus den Panama-Akten stammt und einige frühere Minister und Senatoren betrifft.

Paris, 12. Juli. In der Kammer kam es zu einem heftigen Rebellkampf zwischen dem Ministerpräsidenten Meline und den Abgeordneten Wilerand, Cassagnac u. s. w. wegen Vertagung der Finanzreform. Die Radikalen verlangten die sofortige Erledigung dieser Reform, während die Regierung eine Vertagung eintreten lassen will. Die Diskussion dauert noch fort, doch ist die Annahme des Regierungsvortrages wahrscheinlich.

Rom, 12. Juli. In der Deputiertenkammer wiederholt der Minister des Auswärtigen Visconti Venosta in Beantwortung verschiedener Anfragen hinsichtlich der erzhärischen Kolonie das im Parlamente bereits früher dargelegte Programm.

Ueber die allgemeine Politik äußerte sich der Minister Venosta in folgender Weise: Wir werden unseren Bündnissen treu bleiben, indem wir mit den anderen Mächten zusammengehen, um den Frieden, welcher von großem immernähendem Interesse für unser Land ist, aufrechtzuerhalten, und indem wir mit den anderen Nationen die freundschaftlichen, durch das Gefühl der Eintracht und gegenseitigen Vertrauens eingegebenen Beziehungen weiterpflegen. Bei Betrachtung des Verhältnisses zu Frankreich stellte der Minister mit Genugthuung eine Besserung desselben fest. Die Regierung sei stets geneigt gewesen und sei noch immer geneigt, mit der französischen Regierung die Gesamtheit der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu prüfen, um an Stelle des gegenwärtigen Standes dieser Beziehungen einen billigen Interessenausgleich zu setzen. Verhandlungen solcher Art könnten aber erst dann unternommen werden, wenn die größte Wahrscheinlichkeit eines Erfolges vorhanden sei. Die Regierung müsse sich also die Beurteilung der Zeit und der günstigsten Gelegenheit vorbehalten, ehe sie die Initiative ergreife. In bezug auf die griechisch-türkischen Friedensverhandlungen erklärte Visconti Venosta, die diplomatische Aktion der Mächte bezeugte von Seiten der hohen Pforte Schwierigkeiten und Verzögerungen, welche das Bestehen des jetzigen Zustandes verlängern, nach deren Ende das allgemeine Interesse Europas verlange. Trotz dieser Schwierigkeiten habe sich nichts in der Uebereinstimmung in den Absichten der Mächte geändert. Man könne Dank ihrem festen und einmüthigen Willen das Vertrauen hegen, daß die Mächte ihr Friedenswerk werden zu Ende führen können gemäß dem Programm, welches einmüthig von ihnen als Basis ihrer Vermittelung angenommen wurde.

Spanien.

Madrid, 12. Juli. („Magdeburger Zeitung.“) Trotz der halbamtlichen Ablehnung wird hier als sicher bezeichnet, daß in San Sebastian zwischen dem Minister des Aeußern Herzog von Tetuan und dem japanischen Gesandten Ito gemeinsame Abmachungen über Hawaii und die Kuba-Frage getroffen worden sind. Der Herzog von Tetuan betrieth sich mehrere Stunden lang mit dem japanischen Prinzen Akiyama. Weidwacht wird behauptet, daß ein förmlicher spanisch-japanischer Schutz- und Trutzwvertrag abgeschlossen worden ist.

Portugal.

Lissabon, 12. Juli. Der Finanzminister wird heute in den Cortes Anträge hinsichtlich des Budgets einbringen, darunter den Antrag auf Reorganisation der Bank von Portugal, auf Konversion der äußeren Schuld, auf Verpachtung der Staatsbahnen sowie Anträge hinsichtlich einiger Veränderungen in den bereits bestehenden Monopolen, dem Tabaks- und Zündholzmonopol. Die Anträge bezwecken die Vermehrung der Staatseinnahmen.

— Neue Bahnerverbindungen. Der Rybinsk-Eisenbahn-Alliengeseilschaft wurde die Erlaubniß erteilt, eine neue 1800 Werst lange Eisenbahnstrecke zwischen Moskau und dem Dnieprhafen Windau anzulegen. Daran sollen sich zwei 204 Werst lange Zweiglinien anschließen. Die Regierung hat die Verpflichtung übernommen, den Hafen von Windau auszubaggern zu lassen, da Schiffe von einem Tiefgange von 22 Fuß (knapp 7 Meter) den Hafen in seiner jetzigen Beschaffenheit nicht benutzen können. Die Lieferlegung des Eisens soll beendet sein, sobald die Eisenbahnstrecke zwischen Windau und Zulkum — einer kleinen Stadt bei Riga — fertiggestellt ist.

Ebenso ist der Lwowo-Sewastopol Eisenbahn-Alliengeseilschaft die Konzession erteilt worden, die Bahnstrecke bis zum Südufer der Krim zu verlängern. Dasselbst liegen zahlreiche Bäder und Heilkurorte, wie Zalta, — das russische Neapel genannt — Sursuff, Klupka, Mischta u. s. —

— Judenverjagung aus Petersburg. Die jüdischen Schriftsteller, die nicht in Petersburg geboren sind, haben Befehl erhalten, sofort Petersburg zu verlassen.

— Die Expedition gegen die Derrwische. Aus London wird telegraphisch mitgeteilt: Dem Bernedmen nach wird Gegenstand der nächsten Aliepedition die Wiederernahme von Omdurman sowie die Wiederbesetzung der Provinzen Darfur, Kordofan, Sennar und Bahel Ghazal von Seiten der ägyptischen Regierung sein. Die zur Zeit in Dongola stationierte Truppenmacht werde verhäkrt werden, da dort eine Vormaarschtruppe von 10 000 Mann formirt werden solle. Bezüglich der Kooperation der englischen Truppen sei keine Entscheidung getroffen, jedoch sei vereinbart worden, ein solches Zusammengehen, wenn es sich nöthig erweise, zu gestatten.

Es ist kein Zweifel, daß England eine Hauptaktion gegen die Derrwische beabsichtigt.

— Ueber die Grenzverhältnisse im Hinterland von Zogo hat eine französisch-deutsche Kommission in Paris längere Zeit Beratungen gepflogen. Das Abkommen ist jetzt fertiggestellt worden. Der „Temp“ berichtet darüber: Diese Verhandlung, welche in glücklicher Weise jedem territorialen Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich ein Ende machen wird, ist das Ergebnis gegenseitiger Zugeständnisse in betref der Landstriche, für welche beide Regierungen Schutzverträge geltend machen konnten.

— Auf Kuba wollen die Spanier schon wieder Siege davongetragen haben. Nach einer Meldung aus Havana sollen die Regierungstruppen die besiegten Stellungen des Feindes in der Sierra Madura (Provinz Santa Clara) genommen haben. Die Verluste der Aufständischen sollen sehr beträchtlich sein. Die spanischen Truppen verloren 2 Tode und 28 Verwundete, darunter 6 Offiziere. Bei anderen Zusammenstößen haben die Aufständischen 10 Tode und zahlreiche Verwundete verloren. Außerdem wurde der Insurgentenführer Federico Alfonso mit seiner Familie gefangen genommen.

Ganz anders klingt eine Depesche, welche über Madrid kommt: Den Aufständischen ist es gelungen, den Fluß Hanabana zu überschreiten und in die Provinz Habana einzudringen. In Santa Cruz, am Kap San Antonio und an anderen Orten sind Gildwörter mit Waffen und Munition gelandet. Maximo Gomez hat angeordnet, die Aufständischen sollen, um die Parteigänger in den Vereinigten Staaten zu ermutigen, verwegene Handtreiche unternehmen. 20 000 spanische Soldaten liegen krank darnieder. Infolge von Verzögerungen bei der Bezahlung der Lieferanten herrscht an mehreren Orten Mangel an Lebensmitteln.

Washington, 10. Juli. Der japanische Gesandte hat nach eingehendem Meinungsaustrausch mit seiner Regierung das Schreiben des Staatssekretärs Sherman bezüglich Hawai's ausführlich beantwortet und ist nunmehr damit beschäftigt, eine Klarlegung der Stellungnahme Japans zu entwerfen.

Washington, 10. Juli. Der japanische Gesandte hat nach eingehendem Meinungsaustrausch mit seiner Regierung das Schreiben des Staatssekretärs Sherman bezüglich Hawai's ausführlich beantwortet und ist nunmehr damit beschäftigt, eine Klarlegung der Stellungnahme Japans zu entwerfen.

### Bum Sprachenfreit in Böhmen.

Graf Badeni wird den letzten Sonntag als einen Unglückstag sein Leben lang betrachten. Die Demonstration der Deutsch-Böhmen in Eger ist trotz aller Veruche, sie zu hinterreiben, trotz aller Verbote, trotz des großen Aufgebotes von Polizisten, Soldaten, Grenzwachen zu Fuß und zu Pferd vollkommen gelungen. Damit haben die Deutschen einen ebenso großen moralischen Erfolg zu verzeichnen, wie Graf Badeni eine sehr empfindliche Niederlage, ja mehr als das, eine schwere Blamage erlitten hat. Das Lächerliche tödtet, dieses aus Frankreich stammende treffliche Wort gilt bei dem mit dem französischen in so vielem verwandten Charakter der Oesterreicher für unser südliches Nachbarland nicht minder wie für unser westliches. Und lächerlich haben den Grafen Badeni die Vorgänge des deutschen Volkstages in Eger und dessen Vorgesichte gemacht.

Der deutsche Volkstag von Eger war auf Grund einer durchaus willkürlichen, von keinem Vorgänger des Badeni gewagten Interpretation des § 2 des österreichischen Versammlungsgesetzes verboten worden, alle Rekurse gegen dieses Verbot sind nutzlos geblieben, kein Mittel, die Zusammenkunft zu verhindern, ist unterlassen worden. An schneidigen Verordnungen an die lokalen Behörden, an Maueranschlägen und Ermahnungen durch die Presse, Versehung zu wenig schroffer Beamter, Aufgebote von Gendarmen und Militär, strengen Instruktionen an dieselben, Verwendung zahlreicher berittener tschechischer Polizisten aus Prag haben es die Handlanger des Badeni nicht lassen, ja sie scheuten nicht das Ersuchen an die bayerische und sächsische Regierung zu richten, ihre bei Eger zusammenstreichenden Grenzen gegen Oesterreich abzusperren. Und trotz all dem, trotz Ankündigung der Regierungsorgane, daß der deutsche Volkstag unter allen Umständen verhindert werde, hat er nun doch stattgefunden.

Ueber den Verlauf der Kundgebung liegen vorerst bloß telegraphische Meldungen vor:

Eger, 11. Juli. Heute früh 9 Uhr versammelten sich 52 hier weilende Reichstags- und Landtags-Abgeordnete aller deutschen Parteien Böhmens vor dem Stadthause und begaben sich, gefolgt von etwa 200 Landbürgermeistern und Bezirksobmännern sowie von einem tausendköpfigen Publikum in geschlossenem Zuge durch die Stadt nach dem Schießhause, wohin der von der Regierung verbotene Volkstag einberufen war. Der Zug wurde auf dem ganzen Wege von der Bewilderung stürmisch begrüßt und aus den Fenstern mit Blumen beworfen. Am Schießhause, welches von der Gendarmen, der Finanzwache und der Prager Polizei besetzt war, erklärte der Polizeikommissar den Ankommenden, daß er die Abhaltung einer Versammlung nicht zulassen könne. Dr. Funke protestirte im Namen von 78 Abgeordneten als Einberufer der Versammlung gegen die Ungeziemlichkeit des Vorgehens der Behörde, und es wurde eine Deputation an den Bezirkshauptmann entsandt, welcher auf dem Verbot beharrte und erklärte, nöthigenfalls Gewalt anzuwenden zu wollen. Hierauf begab sich der ganze Zug in der Ordnung wie er gekommen war und unter dem Abfingen der „Wacht am Rhein“ nach dem Stadthause zurück, in dessen sehr geräumigen Hofe eine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten wurde. Nach einer kurzen Ansprache des Abgeordneten Dr. Funke gelobten alle Anwesenden entblühten Hauptes in Einigkeit und unbedingtem Opposition zu verharren. Zugleich hatte ein lebhafter Zug der Landbevölkerung in die Stadt begonnen; die Gendarmen und die Finanzwache sperrten mit gefälltem Bajonnet den Marktplatz ab, während die berittene Prager Polizei unablässig hin und her durch die Straßen

sprengte. Bis 4 Uhr nachmittags ist keine ernste Ruhe festgestellt worden.

Eger, 11. Juli, 4 Uhr 30 Min. Nachm. Nachdem die Abhaltung der Versammlung im Schießhause verhindert war, zogen Dr. Funke und die anderen Abgeordneten gefolgt von der beständig anwachsenden Menschenmenge zum Stadthaus, um einen Protest gegen das Verbot zu verfassen. Die Menge rückte unter Schreien und Rufen auf den Ringplatz. Gendarmerie und Finanzwache räumten jedoch unter Intervention des Bürgermeisters von Eger und der städtischen Polizei den Platz, wobei zwei Verhaftungen vorgenommen wurden. Die Abgeordneten erschienen hierauf bei der Bezirks-Hauptmannschaft, um den Protest gegen das Verbot zu Protokoll zu geben. Gegenwärtig herrscht Ruhe.

Eger, 11. Juli. („Voss. Zig.“) Der Abgeordnete Funke verlangte im Namen von stetig im Zuge vertretenen deutsch-tschechischen Gemeinden die Freigabe des Saales, da das Verbot geschwürdig sei und die fremden Gäste auch davon nicht in Kenntniß gesetzt worden seien. Kommissar Rapp erwiderte, den Befehl zu haben, niemanden in den Saal zu lassen, doch wolle er dem Ansuchen dahin entgegenkommen, daß er beim Bezirkshauptmann weitere Verhaltungsmahregeln einhole, und ersuchte zu diesem Zwecke, es möchten sich einige Herren mit auf die Bezirkshauptmannschaft begeben. Die Abgeordneten Schäder, Iro und Wolf erklärten sich bereit hierzu, während die Versammelten ruhig das Wiedererscheinen der Abordnung abwarteten. Nach einer halben Stunde kam diese zurück und Abg. Schäder verkündete, daß das Ansuchen abgewiesen worden sei. Der Bezirkshauptmann Stadler von Wolfergrün habe zur Respektirung des Verbots aufgefordert, widrigenfalls er mit Gewalt vorgehen lassen werde. Schäder erklärte, die Aufnahme eines Protokolls hierüber veranlassen zu wollen. Nach einem Proteste des Abg. Funke gegen das Vorgehen der Behörde forderte Abg. Iro auf, sich von Gendarmen und Finanzwachleuten besonders aber von der tschechischen Staatspolizei, von der man 60 Mann nach Eger hatte kommen lassen, nicht herausfordern zu lassen; es scheine, als wolle man die Deutschen mit dieser nur herausfordern, aber es wäre schade, wenn nur ein Tropfen deutschen Blutes fließen würde. Unter nicht endenwollenen Heulrufen und dem Abfingen der „Wacht am Rhein“ setzte sich der Zug gegen die Stadt in Bewegung. Gegen 10 Uhr langte er beim Stadthause an. Die Bezirks- und Gemeindevorsteher begaben sich in den geräumigen Hofraum, die Abgeordneten auf dessen Gallerie. Der Abg. Funke betonte in einer längeren Rede, daß der Volkstag trotz dem Verbote nun doch abgehalten werde und einen Verlauf nehme, wie er schöner und imposanter nicht gedacht werden könne. In dieser historischen Stunde geloben wir, Deutsche zu bleiben und nicht zu rufen und zu rufen, bis der Sieg unser und die Sprachenverordnung abgeschafft ist.“ (Großer Beifall.) Der Abg. Pergelt brachte folgenden Aufruf an das deutsche Volk zur Verlesung:

An unsere Wähler! Die Regierung hat abermals auch den für den 11. d. nach Eger einberufenen deutschen Volkstag unter sagt und dadurch eine Aussprache der erwählten deutschen Volkstretter mit dem Volke selbst über die politische Lage, welche durch die Sprachen-Zwangsvorordnungen geschaffen wurde, und über die zu deren Beseitigung zu ergreifenden Maßnahmen vereitelt. Die Einladung zu diesem Volkstage war unter sorgfältigster Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften erfolgt. Die Unterfagung desselben ist eine Verletzung des Gesetzes, welche durch die von der Regierung angeordneten Gründe weder beschönigt noch beseitigt werden kann. Wir verwahren uns daher gegen die fälschliche Anschuldigung, daß wir durch die Form der Einberufung des Volkstages eine Umgehung des Gesetzes beabsichtigt haben. Die Abgeordnete des deutschen Volkes in Böhmen werden alle Mittel mit der uns durch solches Vorgehen zur Pflicht gemachten Rücksichtslosigkeit anwenden, um dem in seinen Rechten verletzten deutschen Volke Genugthuung zu verschaffen. Während ähnlichen Veranstaltungen der Gehen und volksoberherrlichen deutschen Parteien seitens der Regierung kein Hinderniß bereitet wird, zengt dieses Verbot von dem ungleichen Maße, mit welchem von der Regierung gemessen wird. Es ist ein neuer Beweis der feindseligen Haltung der Regierung gegen unser Volk. Deutsche in Oesterreich! Wir harren aus und werden, in so lange die Sprachenzwangsverordnungen in Geltung bleiben, den bisherigen entschiedensten Widerstand gegen jede Regierung fortsetzen. Wir halten die Ueberzeugung fest, daß das mit uns empfindende deutsche Volk dieses Verhalten verstehen und fernerhin billigen wird. Mag der Kampf auch groß und schwere Opfer verlangen, endlich muß er zum Siege führen, denn Regierungen vergehen, das deutsche Volk und sein Recht aber werden immerdar bestehen. Eger, am 10. Juli 1897. Die Abgeordneten des deutschen Volkes in Böhmen.

Diese Kundgebung wurde mit Inbetrufen aufgenommen. Hierauf sprach nochmals Funke: „Wir werden im Kampfe bleiben, bis das Ziel errungen ist, mit einer Kraft, die man dem deutschen Volk nicht zugeutraut hat, aber ohne den Boden des Gesetzes zu verlassen. Man wird zittern vor dem deutschen Volke. Die Verwendung der tschechischen Polizei aus Prag und der Finanzwache werden unvergessen bleiben.“

Als die Versammlung im Stadthaus beendet war, nahm die Gendarmen bei dem Kaiser Josef-Denkmal auf dem oberen Marktplatz Aufstellung und rückte mit gefälltem Bajonnet unter dem Kommando eines Mittmeisters trotz des Protestes der Abgeordneten über den ganzen Marktplatz vor, die Leute in die Gassen drängend, die abgesperrt wurden. Langsam wichen die Menschenmassen zurück, nur ein Butche und ein alter gedrehter Mann wurden verhaftet, sonst kam kein Zwischenfall vor, trotzdem daß über die Polizeimahregeln große Erregung herrschte, da die Leute nicht einmal in ihre Wohnungen am Marktplatz gelassen wurden. Die Mittagszüge brachten abermals tausende von Olfen, besonders aus Wsch. Diese butrten nicht in die Stadt und zogen deshalb über die Grenze nach Waldsassen in Bayern, gleichzeitig auch die in der Stadt Anwesenden. In Waldsassen war eine beabsichtigte Versammlung unter freiem Himmel auf Ansuchen der hiesigen Behörde verboten worden. Mindestens 10 000 Personen waren angeammelt. In den Gärten wurden Ansprachen gehalten. Abends kehrte ein großer Theil mittelß Bahn in die Heimath zurück, die übrigen in Gruppen nach Eger.

Am Abend kam es zu großen Ausschreitungen infolge von Zusammenstößen am Bahnhof bei der Rückkehr jener, die nachmittags nach Waldsassen gezogen waren. Den Rückkehrenden ging eine riesige Menschenmenge entgegen. Die Behörde hatte aber bereits vorher ein großes Gendarmen-Aufgebot zum Bahnhof entsendet, um auch dort jede Ansammlung zu verhindern. Als die Gendarmen die kommende Menge an der Erreichung des Bahnhofes hindern wollten, kam es bei der herrschenden Erbitterung bereits zu einem ersten Zusammenstoße. Die Menge griff die Gendarmen mit Stöcken an und verjagte sie vom Platz. Hierauf zog sie unter Abfingung deutsch-nationaler Lieder zum Kaiser Josef-Denkmal, wo eine große Kundgebung stattfand. Die Deutschen stellten sich im Kreise mit entblühten Haupten um das Denkmal und sangen „Die Wacht am Rhein“. Tann riefen sie ununterbrochen: Nieder mit den Sprachenverordnungen.“ Mittlerweile waren die gesamte Gendarmen und Finanzwache zum Denkmal beordert worden. Als die Menge der anrückenden Wache ansichtig wurde, stürzte sie ihr entgegen, es kam zu einem Handgemenge, wobei die Gendarmen neuerlich zurückgeworfen wurden. Nun ließ Stadthalterreich Stadler Militär holen. Die Versammelten wurden gleichzeitig von der einen Seite durch die berittene Sicherheitswache, von der anderen durch das anrückende Militär angegriffen und vom Platze zurückgedrängt. Einzelne Personen gerieten unter die Hufe der Pferde; über sie fährten andere und der Knäuel war stellenweise so dicht, daß man beim besten Willen nicht vom Platze konnte. Nach vielen Bemühungen der vereinigten militärischen und polizeilichen Kräfte gelang es schließlich, den Platz zu räumen, der mit Theilen von Kleidungsstücken, zerbrochenen Stöcken, zerquetschten Stützen und dergleichen bedeckt ist. Ueber hundert Personen sind ver-

teht, darunter viele erheblich. Auch einige Polizisten sind verwundet.

Weitere Depeschen des Wolffschen Bureaus melden: Eger, 11. Juli. Auch von bayerischer (1. Red.) Seite waren Gendarmen aufgehoben, um Ansammlungen auf bayerischem Gebiet hintanzuhalten. Die bayerische Polizei, welche für kurze Zeit zur Verfügung des Dienstes nach Eger beordert worden war, wurde in der Stadt mit Pfeifen und Lärmen empfangen.

Eger, 12. Juli. Bei den gestrigen Ausschreitungen wurden 17 Personen verhaftet, von denen zwei wieder freigelassen wurden. Unter den Verhafteten befinden sich zwei Reichsdeutsche.

Graf Badeni ist in einer Situation, aus der er keinen Ausweg finden wird. Mit Zwangsmaßnahmen, wie sie einem Badeni am nächsten liegen, wird er nichts erreichen, denn an eine Verhöhnung der Deutsch-Liberalen und Deutsch-Nationalen mit seiner Regierung ist jetzt weniger zu denken denn je. Das beweisen Kundgebungen, die gleichzeitig mit der in Eger stattgefunden haben. Aus Wien wird gemeldet:

Die Verammlung verfassungstreuer Großgrundbesitzer fasste den Beschluß, ein Komminiquis zu veröffentlichen, in welchem das Vorgehen der Regierung gegen die Deutschen scharf kritisiert und die Erklärung abgegeben wird, daß der verfassungstreue Großgrundbesitz im Kontakt mit den Vertretern des deutschen Volkes verbleiben werde. An das Eintreten in Ausgleichsverhandlungen könne nur gemeinsam mit den deutschen Abgeordneten gedacht werden.

Aus Klagenfurt, der Hauptstadt Kärntens, liegt folgende Depesche vor:

Der deutsche Parteitag, an welchem über 600 Personen teilnahmen, verlief ruhig. Es wurde einstimmig eine Resolution gegen die Sprachverordnungen angenommen und die Zurücknahme derselben als Vorbedingung für jede weitere Verhandlung ausgestellt.

Sind diese Kundgebungen auch nicht von der gleichen Schärfe, wie die des Egerer Volkstages, der durch die Verwendung von Kornblumen und das Abhängen der Wacht am Rhein einen direkt antiösterreichischen Charakter gewann, so sind sie für die Regierung des Grafen Badeni doch von größter Bedeutung.

Graf Badeni wird, das kann heute schon als sicher betrachtet werden, im Herbst, wenn das österreichische Abgeordnetenhaus wieder zusammentritt, nicht mehr Chef der Regierung sein.

### Partei-Nachrichten.

Zur Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. In Braunschweig sprach am Sonnabend Wilhelm Liebknecht über die politische Lage und die Vereinigungsverhältnisse in Preußen vor einer Versammlung von ca. 4000 Arbeitern. Seine Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall angenommen und die folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die von gegen 4000 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung erklärt ihr Einverständnis mit dem Vortrage des Genossen Wilhelm Liebknecht; sie protestiert gegen die ausbeuterische und volksfeindliche Herrschaft des Junkertums und gegen die beabsichtigte Verschlechterung des Vereinsrechts und verpflichtet sich, in reger Agitation von Mund zu Mund für die Ziele der Sozialdemokratie einzutreten und vor allem für eine der mächtigsten Waffen, die Presse, zu agitieren, damit bei den nächsten Wahlen der Kampf gegen die vereinigte Reaktion freudig durchgeführt werden kann.“

Die Düsseldorf-Parteigenossen haben in einer Versammlung zwar einen bindenden Beschluß nicht gefaßt, aber im allgemeinen für die selbständige Beteiligung nur in solchen Kreisen ausgesprochen, wo Aussicht auf Erfolg vorhanden ist; gelegentlich soll auch ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Oppositionsparteien stattdessen dürfen.

Eine sozialdemokratische Versammlung in Breslau zeigte, wie der „Sächs. Ztg.“ telegraphiert wird, sich in ihrer großen Mehrheit einer Teilnahme an den Landtagswahlen geneigt. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

In einer Versammlung in Königsberg sprach sich der neugewählte Reichstags-Abgeordnete Genosse Haase für die Beteiligung aus.

In Hamburg sprach Genosse Pfannkuch über die Wahlbeteiligung. Hier wurde ein Beschluß nicht gefaßt; die Diskussion soll in einer späteren Versammlung fortgesetzt werden.

Gegen das Knebelgesetz. In Harburg wurde am letzten Sonnabend ein Flugblatt, betitelt: „Das Attentat auf das Vereins- und Versammlungsrecht“ in circa 10 000 Exemplaren verbreitet. In dem Flugblatt wird gegen die Beschränkung der Vereinsfreiheit energisch protestiert und darauf hingewiesen, wenn der erste jetzt geplante Streik gelingt, die Art an das allgemeine Wahlrecht gelegt werden wird. Die Sozialdemokratie ist auch jetzt wieder die erste Kampfpartei, die allen Staatsrechtgelehrten der Reaktion entgegentritt. In diesem Kampf für die heiligsten Rechte des Volkes wird sie nicht erschrecken, bis es ihr gelungen ist, die Reaktion zu zerschmettern. Bei der nächsten Reichstagswahl wird sie Abrechnung halten mit denjenigen Parteien, die feige die winzigen Freiheiten des Volkes zu verrathen bereit sind.

Parteikonferenzen. Für die Parteigenossen Hessens ist eine Landeskonferenz für den 29. August nach Gießen einberufen. — Der 19. hannoversche Wahlkreis hält seine diesjährige Konferenz am 15. August in Cuxhaven ab.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Die Macher des Sozialistengesetzes hat nachträglich das Leipziger Polizeiamt geglaubt in Schutz nehmen zu müssen. Der Genosse Meusch erhielt auf seine Beschwerde wegen Wortentziehung folgende Antwort: In der am 22. Juni im Pantbeon hier abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Holzarbeiter hat der überwachende Beamte einem Redner, Lindner aus Gölitz das Wort entzogen, als dieser von dem früheren Sozialistengesetz als einem „Schandgesetz“ gesprochen hat. Wünschon dieses Gesetz jetzt nicht mehr in Gültigkeit ist, so involviert dieser Ausdruck, welcher über den Rahmen der bloßen Kritik weit hinaus geht, doch eine gerichtliche Verleumdung derjenigen gesetzgebenden Faktoren, die bei Erlassung des fraglichen Gesetzes gethätig mitgewirkt haben, und ist wohl geeignet gewesen, die Anwesenden zur Abwägung der Beschuldigung überhaupt, auch noch bestehender Gesetze anzureizen. Die Wortentziehung rechtfertigt sich deshalb aus § 9 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1850 und ist danach die umliegende eingewendete Beschwerde als unbegründet zurückzuweisen. Der Beschwerdeführer, Tischler Franz Meusch, ist hiernach zu beschuldern.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgebung.

Zur Aufklärung sendet uns die Lohnkommission der Zimmerer folgendes: Gegenüber den Behauptungen bürgerlicher Blätter, daß der Streik der Berliner Zimmerer aus wirtschaftlichen und schon halb im Sande verlaufen sei, können wir auf Grund unserer Bücher feststellen, daß bis zum Montag Nachmittags 8 Uhr, also innerhalb 8 Tagen, 199 Arbeitgeber die Forderung theils schriftlich, theils mündlich, bewilligt haben, welche zusammen 1800 Zimmerer beschäftigen, und daß auf größeren Arbeitsstellen am Montag weitere Arbeitsstellen stattgefunden haben. Bei der Firma Held u. Franke ruht jetzt die Arbeit überall vollständig, bei den Innungsmeistern Neßing und Krause, welche die Bewilligung zurückgezogen haben, ist ebenfalls die Arbeit wieder eingestellt worden. Ein ganz genaues Bild von den Lohn- und Arbeitsverhältnissen wird die am Montag und Dienstag vorzunehmende Baukontrolle ergeben.

### Deutsches Reich.

Die Schuhmacher Brandenburgs stehen seit Sonnabend, den 10. d. Mts., in Streik. Dieselben hatten einen einheitlichen Tarif angenommen und denselben den Fabrikanten unterbreitet. Anstatt über diesen Tarif zu verhandeln, antworteten die Fabrikanten mit einem anderen, wesentlich niedrigeren Tarif. Dieser konnte von den Arbeitern unter den heutigen Verhältnissen nicht angenommen werden, und so legten diese die Arbeit nieder. Alle Organisirten (90 Mann) sind daran betheiligt und von den nicht ganz 10 pCt. Nichtmitglidern haben sich bereits mehrere angeschlossen. Die Sache der Arbeiter steht sehr günstig. Alle Arbeiterblätter werden um Aufnahme dieses Gebetes. Etwaige Anfragen an Emil Reinhardt, Schützenstr. 25.

In Eberwalde ist ein Steinseherstreik ausgebrochen. Zugzug ist ferngehalten.

Gute Lehren aus einem Streik haben die Weber der Firma Meyer u. Rauffmann in Tannhausen (Schlesien) gezogen. Im Januar dieses Jahres brach bei dieser Firma ein Streik aus. Derselbe mußte bald infolge der mangelhaften Organisation beigelegt werden. Nur einen geringen Erfolg erzielten die Streikenden. Dieselben haben aber aus dem Verlauf des Streiks die Lehren gezogen, daß, will man etwas dem Kapital abtrogen, man vor allen Dingen über eine gute Organisation verfügen muß. Während früher in Tannenberg und Umgebung nur wenige Weber dem Fabrik- und Handarbeiter-Verbande angehörten, gehören jetzt wohl über 300 Weber und Weberinnen dem Textilarbeiter-Verbande an.

Die Agitationskommission der Schuhmacher von Burg- und Magdeburg theilt uns mit, daß die seit längerer Zeit bestehenden Differenzen mit der Firma Lack u. Co. in Burg noch nicht behoben seien. Die Firma stelle keine Organisirten ein.

Der Erfarter Maurerstreik ist nunmehr beendet, nachdem die Meister die Abstriche, die sie an den von der beiderseitigen Kommission gemachten Vereinbarungen vorgenommen hatten, wieder zurückgezogen haben. Den Maurern ist sonach bis zum 1. April 1898 ein Minimallohn von 38 Pf. pro Stunde zugesichert. Von genanntem Zeitpunkt an tritt dann ein Minimal-Stundenlohn von 40 Pf. ein. Ueberstunden werden mit einem Aufschlag von 5 Pf., Sonntags- und Wasserarbeit mit 10 Pf. Aufschlag bezahlt. In der Versammlung, in der die Beendigung des Streiks beschloffen wurde, fasste man einstimmig den Beschluß, zur Kräftigung der Verbandsklasse bis auf weiteres eine Extraforderung von 60 Pf. pro Woche zu erheben.

Die Leipziger Maurer nahmen in einer stark besuchten Versammlung folgende Resolution an: „Die heute tagende Versammlung der streikenden Maurer erklärt wiederholt so lange im Streik zu beharren, bis entweder die Unternehmer die gestellten Forderungen vollständig bewilligt haben oder durch gegenseitige Unterhandlung eine Einigung herbeigeführt worden ist.“ Der Stand des Streiks wurde in der Versammlung wie folgt gekennzeichnet: In den neuen Bedingungen arbeiten jetzt 1000, in Streik stehen noch 700 und abgereist sind 1400 Mann.

Zur Agitation für die Befestigung der Mißstände im Baugewerbe wurde vor 2 Jahren in Dresden eine Kommission von Bauarbeitern gewählt. Diese hat durch Beschaffung von Material es verstanden, die sächsische Regierung zu dem Erlaß von 2 Verordnungen zu Gunsten der Bauarbeiter zu veranlassen. Die Kommission erklärt nun in der „Sächs. Arb.-Ztg.“ einen Aufruf an die sämtlichen Branchen der Bauarbeiter zur Beschickung einer Konferenz, auf der über neue Mittel und Wege berathen werden soll, wie in der angebotenen Weise weiter gearbeitet werden kann, da die betreffenden Verordnungen noch lange nicht weitgehend genug seien.

Die Lohnbewegung der Bauhandwerker in Mülheim a. d. Ruhr soll ins Stocken geraten sein; die Kündigungen seien zurückgegangen, weil unter den Gehilfen keine Einigkeit herrsche. Diese Nachricht stammt aus einem Unternehmerorgan, der „Rhein.-Westf. Ztg.“, und ist daher mit einigem Zweifel aufzufassen.

### Ausland.

Die Stiegeleiarbeiter von Budapest sind gestern, den 12. Juli in den Ausstand getreten.

Vom Bergarbeiterstreik in Belgien. Die Situation in der Borinage ist nach dem „Kaupla“ noch die gleiche. Am vergangenen Freitag haben in dem ganzen Kohlengebiete Versammlungen stattgefunden, welche alle für die Fortsetzung des Streiks sich aussprachen. Große Erbitterung herrscht gegen die Regierung und die Kammer wegen ihrer Stellungnahme gegen die Streikenden. „La Reforme“, ein Brüsseler demokratisches Blatt, tadelt den Arbeitsminister, welcher in der Kammer erklärte, nicht intervenieren zu können. Die „Neutralität“ der Regierung, so bemerkt treffend das genannte Blatt, bestehe darin, Truppen nach dem Streikgebiete zu entsenden und sonstige Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Streikenden zu ergreifen. — Herold's Depeschen-Bureau meldet aus Mons unterm 11. Juli: Die Untersuchung über das Dynamitattentat in Warguignies hat zu keinem Resultat geführt, obwohl man überzeugt ist, daß es von Anstänblichen begangen worden ist. Gestern haben in dieser Angelegenheit 19 Verhaftungen stattgefunden. Die Erbitterung der Streikenden gegen 1700 Streikbrecher nimmt immer mehr zu.

Die Achtstundebewegung der englischen Maschinenbauer. Ueber die Zahl der Londoner Firmen, welche Ausperrungen von Arbeitern vorgenommen haben — die also die Einführung des Achtstundentages sich widersetzen — giebt der „Daily Chronicle“ auf Grund von Informationen, aus dem Bureau des „Vereinigten Achtstunden-Komitees“ stammend, folgendes an: Betheiligt sind im ganzen nur 19 Firmen, bei denen insgesamt 2050 Mitglieder der am Kampfe betheiligten Gewerkschaft betheiligt sind. Die größeren Firmen haben fast alle bewilligt. In London dürften im ganzen höchstens 3000 Arbeiter in den Kampf mit hineingezogen werden. Ein Manifest der Maschinenbauer-Gewerkschaft berichtet, daß die Zahl der Mitglieder von 91 328 auf 91 919 gestiegen sei.

### Versammlungen.

Der Verband der Graveure, Eisenreue etc., Filiale Berlin, hielt am Dienstag, den 6. Juli, eine Versammlung ab, in welcher die Delegirten von der am 27. bis 29. Juni stattgefundenen Generalversammlung des Verbandes Bericht erstatteten. Hierauf erläuterte Guttman die von der Generalversammlung angenommene Resolution über die Haltung der Preispressen. Eine lebhafteste Diskussion entspann sich über diese Angelegenheit. Schaal wendet sich insbesondere gegen die Guttman'schen Ausführungen. Andererseits wird das geringe Interesse der Berliner Kollegen gerügt, welches dieselben der hier abgehaltenen Generalversammlung entgegenbrachten. Winger kritisiert die Annahme des Antrages behufs Zahlung der Beiträge bei Arbeitslosigkeit. Nachdem sich die Versammlung mit der Thätigkeit der Delegirten einverstanden erklärte, machte der Vorsitzende bekannt, daß jeder Werkstätten-Vertrauensmann denjenigen Mitgliedern, welche in der betreffenden Werkstätte arbeitslos werden, eine Quittung über die bereits bezahlten Beiträge auszustellen hat. Der Arbeitsvermittler berichtete über den Arbeitsnachweis, daß in den letzten 3 Wochen 11 Graveure und 5 Eisenreue verlangt wurden, demgegenüber hatten sich 13 Graveure und 5 Eisenreue gemeldet.

Die Drechsler tagten am Mittwoch, den 7. d. M., bei Diele, Ackerstr. 123. Nachdem Tabert in seinem Vortrage den Niedergang des Kleinhandwerks durch das Kapital und die maschinellen Erfindungen nachgewiesen, folgte eine rege Diskussion. Scharf kritisiert wurde das Verhalten der Kollegen, die in den Werkstätten herrschende Mißstände erst zur Sprache bringen, wenn sie nicht mehr dort arbeiten. Der Kommission werde das Amt sehr erschwert, wenn die Kollegen vergessen, ihre Pflicht als organisirte und zielbewußte Arbeiter zu thun.

Der Arbeiterverein für Pankow und Umgegend hielt am 6. d. M. seine Generalversammlung ab. Beim Verlaß des Vorstandes

wurde die Bauheit der Genossen am Ort bedauert. Der Kassenbericht ergab einen Bestand von 52,70 M. und wurde jegigem sowie dem vorberigen Decharge erteilt. Der Bericht des Bibliothekars ergab, daß die Bibliothek 135 Bände umfaßt und von 16 Genossen benutzt wurde. Es wurde ersucht, die Bücher rechtzeitig abzuliefern. Zu den Vorstand wurden gewählt: J. Krause, erster, erster, Ad. Bornemann, zweiter Vorsitzender; G. Raschke, Schriftführer; A. Kummert, Kassierer; B. Gröfel, erster, R. Hoffmann, zweiter Bibliothekar; G. Gröneberg, F. Weidemann, Albert Schön, Revisoren. Die vom Vorstand gestellten Anträge zur Statutenänderung sowie der Bibliotheksordnung wurden mit kleinen Änderungen angenommen. Alsdann machte der Vorsitzende bekannt, daß am Sonntag, den 18. Juli, die Parteigenossen von Pankow und Nieder-Schönhausen bei Schlaac in Nieder-Schönhausen, Lindenstraße, ein Sommerfest abhalten. An dem am 20. Juli stattfindenden Parteitag steht auf der Tagesordnung: „Betheiligung wir und an der Landtagswahl?“ und ersucht der Vorstand um zahlreiche Besuch. Das Mitglied Johann Hirschmeier wurde nach § 5 Nr. 2 des Statuts ausgeschlossen.

Niedorf. In der Versammlung der Möbelpolirer hielt Händel einen Vortrag über das neue Vereinsgesetz. Da das bisherige Lokal den Möbelpolirern nicht mehr zur Verfügung steht, wird der Vorstand beauftragt, sich nach einem anderen Lokal umzusehen, dessen Wirth organisiert ist.

In Weiskensee fand am 7. d. M. eine öffentliche Versammlung der Bauarbeiter statt. Krüger, Berlin referierte über die schlechte Lage der Bauarbeiter Deutschlands und forderte Redner die Anwesenden auf, sich der Organisation anzuschließen sowie die Arbeiterpresse zu halten. Zum Vertrauensmann der Bauarbeiter für Weiskensee wurde Kofot gewählt.

### Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 12. Juli. (B. Z.) Sämmtliche liberalen Blätter sind entkräftet über das gestrige Vorgehen der Behörden in Eger. Sie fordern die Deutschen in Oesterreich auf, den Kampf gegen eine Regierung, die kein anderes Mittel wisse, sich zu halten, als gegen den in Bezug auf seine Kultur, Bildung, Industrie und Steuerkraft höchststehenden Volkstamm Oesterreichs mit czechischem Militär, Gendarmerie und Polizei vorzugehen, voll und ganz aufzunehmen und nicht eher zu ruhen, als bis die Sprachverordnungen und die jegliche Regierung gefallen sind.

Graz, 12. Juli. (B. Z.) Zwei Wiener Touristen sind gestern vom Buchstein abgestürzt. Der eine derselben trug schwere, der andere leichtere Verletzungen davon.

Kopenhagen, 12. Juli, 3 Uhr Nachm. (B. Z. B.) Bisher wurden 22 der Personen, die bei dem Eisenbahnunglück von Gentofte ums Leben kamen, rekonosziert; es sind durchweg Kopenhagener Einwohner, darunter ein hoher Zollbeamter Holst mit Frau und Tochter, sowie drei Angestellte des großen Stoffwarenlagers „Magasin du Nor“. Schwer verletzt wurde ein Sohn Goltz's, ferner Schriftsteller Michaelis mit Frau und die Pianistin Anna Schytte. Die Zahl der Schwerverwundeten wird jetzt auf 84 angegeben. Der Lokomotivführer des von Helsingör gekommenen Zuges erklärt, daß die Bremsvorrichtung versagt habe; auch habe er die ihm gegebenen Haltesignale zuerst nur als Zeichen aufgefaßt, daß in Gentofte Passagiere einsteigen sollten. Heute besuchte die Prinzessin Wademar, der Minister des Inneren Wardenstedt sowie eine große, sichtlich tief ergriffene Menschenmenge die Stelle des Unglücks.

Kopenhagen, 12. Juli. (B. Z. B.) Nunmehr sind die Leichen sämtlicher Opfer der Gentofter Eisenbahnkatastrophe bis auf diejenige einer Frau identifiziert worden. Alle Verunglückten waren in Kopenhagen und Umgegend wohnhaft. Bis 3 Uhr nachmittags ist unter den Verletzten kein weiterer Todesfall eingetreten.

Paris, 12. Juli. (B. Z.) Heute Vormittag erschoss sich der Präsident des Börsen- und Bankbeamten-Syndikats, Namens Born. Der Grund zum Selbstmord ist in verfehlten Börsenspekulationen zu suchen.

Paris, 12. Juli. (B. Z. B.) Deputirtenkammer. Der Finanzminister Cochery bringt eine Vorlage ein, welche die Ermächtigung nachsucht, die Verteilung der direkten Steuern durch die Generalräthe bis zum Oktober zu verlagern. Der Minister beantragt für die Vorlage die Dringlichkeit und sofortige Berathung. Der Abgeordnete Milerand bekämpft den Dringlichkeitsantrag auf das lebhafteste, indem er ausführt, daß der Antrag nur die verschleierte Verächtlichmachung der Kammer bedeute, denn die Reform der direkten Steuern werde im Oktober ebenso gut scheitern wie heute. Die Regierung sei unfähig, auch nur einen Teil ihres Programms durchzuführen. Ministerpräsident Meline widerpricht energisch, indem er auf die in dieser Session durchberathenen Vorlagen hinweist. Er sagt hinzu, daß, wenn nicht mehr erledigt werden konnte, dies an der sozialistischen Obstruktion gelegen habe. (Beifall im Zentrum, Widerspruch auf der äußersten Linken.) Die Dringlichkeit wird angenommen. Der Abgeordnete Cavaignac bekämpft sodann die sofortige Berathung und macht der Regierungsmajorität den Vorwurf der Ohnmacht. Nach einer Entgegnung des Ministerpräsidenten wird die sofortige Berathung mit 300 gegen 252 Stimmen beschloffen.

Im Laufe der Verhandlungen bringt der Abgeordnete Dufaure ein Amendement ein, dahingehend, auf die außerordentliche Sitzung der Generalräthe im Oktober zu verzichten. Der Finanzminister Cochery erklärt, falls das Amendement angenommen werde, würde er morgen in der Kammer den Antrag stellen, die direkten Steuern, wie sie bisher bestanden haben, wieder zu bewilligen. Das Amendement wird mit 270 gegen 245 Stimmen angenommen. Die Abgeordneten Cavaignac und Milerand beantragen, die Verhandlungen über die Reform der direkten Steuern fortzusetzen. Der Ministerpräsident Meline bekämpft den Antrag, der mit 270 gegen 257 Stimmen abgelehnt wird. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Paris, 12. Juli. (B. Z. B.) Ein Gelbbuch ist heute zur Vertheilung gelangt; dasselbe bezieht auf zwei Bänden, von welchen der erste die Ereignisse im Orient sowie die Kretasfrage vom Juni 1894 bis zum Februar 1897 behandelt, während der zweite sich mit den Ereignissen im Orient, mit der Kretasfrage sowie mit dem griechisch-türkischen Kriege und der Lage des ottomanischen Reiches seit Februar bis Mai 1897 beschäftigt.

Brüssel, 12. Juli. (B. Z.) Die Blättermeldung von der Niedermeglung von 167 belgischen Offizieren wird von der Congo-Verwaltung mit dem Hinweis demontirt, daß eine diebessige Nachricht bisher bei ihr noch nicht getroffen ist.

Petersburg, 11. Juli. (B. Z. B.) Wie der „Regierungshotel“ aus Kronstadt meldet, hat Admiral Makarow gestern eine Reise nach dem ängstlichen Norden angetreten mit dem Auftrage, den Wasserweg nach den Rindungen der Gasse Ob und Jenissei zu untersuchen sowie das Karische Meer zu erforschen. Admiral Makarow begiebt sich an Bord eines Handelsdampfers zunächst nach Watolickin Schatz auf Nowaja Semlja.

Montevideo, 11. Juli. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus.“) Bei Aegua in der Provinz Cerro Largo hat ein heftiger Kampf stattgefunden. Seitens der Regierung wird gemeldet, daß die Aufständischen auf dem Rückzuge seien.

Labuan (Britisch Nord-Borneo), 12. Juli. (Meldung des Reuter'schen Bureaus.) Der Australische Jäger Mat Valley und sechszig von seinen Leuten griffen gestern früh um 4 Uhr die Regierungskolonien auf Gopa an, plünderten die Stadt und brannten sie nieder, tödteten einen Polizeiergeanten und nahmen zwei Mann gefangen. Außerdem raubte die Bande die Regierungskasse und schloß den Wachtmeister Neubronner gefangen; die in der Kasse enthaltenen Gelder werden auf 9000 Dollars geschätzt. Der britische Resident Godfrey Heritt in Labuan und der Assistent-Ressident Joseph Wheatley brachen heute morgen von hier mit einer kleinen Truppe von Dajakken aus und werden Gierz 9 Uhr abends erreichen.

Sozialistische Presse Deutschlands.

3. Quartal 1897.

Zentral-Organ.

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt, Reuthstr. 2. S.W. 19, täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Wochenschrift.

„Die Neue Zeit.“ Neue des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart, Furtw. 12.

Täglich erscheinende Zeitungen.

Baut „Norddeutsches Volksblatt“ Neue Wilhelmshavenerstr. 88.
Bielefeld „Volksrecht“ Schulstr. 20.
Brandenburg „Brandenburger Zeitung“, „Märkisches Volksblatt“, St. Annenstr. 33.

Braunschweig „Braunsch. Volksfreund“ Rannengieserstr. 18.
Bremen „Bremer Bürger-Zeitung“ Hanfenstr. 21/22.
Dresden „Volksrecht“ Neue Graupenstr. 5/6.
Cassel „Volksblatt für Hessen“ Hohenthorstr. 2.
Dortmund „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ Westenhellweg 120.

Dresden „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ Ammonstr. 61.
Erfurt „Thüringer Tribüne“ Fütterstr. 7 p.
Frankfurt a. M. „Volksstimme“ Großer Hirschgraben 17.
Fürth „Fürther Bürger-Zeitung“ Königstr. 95.
Geestmünde „Norddeutsche Volksstimme“ Georgstr. 18.
Gera „Reußische Tribüne“ Fischern 54.
Halle a. S. „Volksblatt für Halle“ Geisstr. 21.
Hamburg „Hamburger Echo“ St. Theaterstr. 44.
Hamburg „Volksblatt“ Großer Schiffspeicher 4 p.
Hannover „Volksstimme“ Burgstr. 9.

Hof „Oberfränkische Volkszeitung“ Bismarckstr. 6.
Kiel „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ Bergstr. 11.
Köln „Rheinische Zeitung“ St. Agatha 3. (Auch erscheint eine Wochen-Ausgabe.)
Leipzig „Leipziger Volkszeitung“ Mittelstr. 6/7.

Ludwigshafen „Pfälzische Post“ Dagerdeimerstr. 10.
Lübeck „Lübeker Volksbote“ Johannisstr. 60.
Lüneburg „Lüneburger Volksblatt“ Lamberikirche 11.
Magdeburg „Volksstimme“ mit Beilagen: „Der Landbote“ und „Die Frauenpost“, Schmiedehofstr. 5/6.
Mainz „Mainzer Volkszeitung“ (Reißische Volksstimme) Margarethenstraße 18.

Mannheim „Volksstimme“ T. 3, 5.
München „Münchener Post“ und „Kuglbürger Volkszeitung“ Senefelderstr. 4. I.
Nordhausen „Nordhäuser Volksblatt“ Gumpertstr. 3.
Nürnberg „Fränkische Tagespost“ Weigenstr. 12.
Offenbach „Offenbacher Abendblatt“ Große Marktstr. 25.
Saalfeld „Saalfelder Volksblatt“ Rossmaringasse 15.
Stettin „Volks-Vote“ König Albertstr. 15.
Stuttgart „Schwäbische Tagwacht“ Furtw. 12.
Würzburg „Fränkische Volkstribüne“ Lochgasse 11.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.

Burgkädt „Die Volksstimme“ Augustusstraße.
Chemnitz „Der Beobachter“ Gartenstr. 29.
Crefeld „Niederheinische Volkstribüne“ Am Oskwall 183.
Dresden „Volksblatt für Anhalt“ Landstr. 33.
Dortmund „Westfälische Volkstribüne“ Hagen, Selbederstr. 3.
Ebenscheid „Luisenstr. 7. Anna, Klosterwall 18.
Dresden „Der Volksfreund“ Serbergasse 1.
Falkenstein „Bogtländische Volkszeitung“, Anzeiger für Stadt und Land.

Fork i. L. „Märkische Volksstimme“ Frankfurterstr. 11.
Gotha „Gothaisches Volksblatt“ Mohrenberg 7.
Greiz „Reußische Volks-Zeitung“ Untere Silberstr. 1.
Königsberg i. Pr. „Volks-Tribüne“ Knochenstraße 82 p.

Offenburg i. B. „Volksfreund“ Kesselstraße.
Roth „Miedenburgische Volkszeitung“ Dopfenmarkt 19.
Solingen „Reißische Arbeiterstimme“ Kaiserstr. 29.
Zwickau i. S. „Sächsisches Volksblatt“ Richardstr. 15.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

Kachen „Kachener Volksblatt“ Büchel 46.
Altenburg „Der Bähler“ Gildgasse 7.
Dresden „Die Wahrheit“ Neue Graupenstr. 5/6.
Leimnichen „Leimnicher Volksblatt“ Bahnhöfstr. 23.
Langenbielau „Der Proletarier aus dem Culengebirge“ Ober-Langenbielau, 2. Bezirk.

Saalfeld „Thüringer Volksfreund“ (Thür. Waldpost) Rossmaringasse 15.
Thüringer Volksblatt (Schwarzburger Volksfreund) Rossmaringasse 15.
Neustädter Volksblatt Rossmaringasse 15.
Solingen „Solinger Freie Presse“ Dfstr. 31.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

Baut „Die Nord-Post“ Neue Wilhelmshavenerstr. 33.
Berlin „Gazeta Robotnica“ Andrastr. 78a.
Braunschweig „Der Landbote“ Rannengieserstr. 18.
Gießen „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung“ Kirchenplatz 11.
Halberstadt „Sonntags-Zeitung“ Balenstr. 37.

Monatlich einmal erscheinend.

Hannau „Der Bauernfreund“ Philipp Ludwigs-Anlage 9.

Wahlblätter (Erscheinen alle 14 Tage.)

München „Süddeutscher Postillon“ Senefelderstr. 4.
Stuttgart „Der wahre Jacob“ Furtw. 12.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt.

Hamburg „Die Neue Welt“ Große Theaterstr. 44. Erscheint wöchentlich einmal.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

3. Quartal 1897.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

Leipzig-Reuditz „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“, Seeburgstr. 8/9.

Wöchentlich erscheinend.

Altenburg „Correspondent für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hut- und Filzwaren-Industrie“ Wilhelmstr. 2, parterre.
Berlin „Die Ameise“, Organ des Porzellanarbeiter-Verbandes, Charlottenburg, Marchstr. 22, I.

„Der Bauhandwerker“, Berlin SO., Mantuffelstr. 14.
„Bildhauer-Zeitung“, Neanderstr. 3.
„Ung. Fahr-Zeitung“, Schützenstr. 59.
„Der Gastwirths-Gehilfe“, Jädenstr. 36.

Bochum „Deutsche Berg- und Gärtenarbeiter Zeitung“.
Bremen Deutsche Böttcher-Zeitung, Langestr. 100 I.
Burgkädt „Der Textilarbeiter“, Marienstr. 265.

Gotha „Schuhmacher-Fachblatt“, Mohrenberg 7.
Hamburg „Correspondenzblatt der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands“, Zollvereins-Niederlage, Wilhelmstr. 8 I.

„Glück auf!“ (für Former) Hamburg-Eilbeck, Konventstr. 5.
„Der Grundstein“ (für Maurer) St. Georg, Neue Brennerstr. 19 II.

„Holzarbeiter-Zeitung“, Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.
„Bruder Schmied“, Uhlenhorst, Herberstr. 21, Hs. 8 II.
„Fachzeitung für Schneider“, 2. Durchschnitt 10.
„Verbands-Anzeiger für Maler“, Warmbeck, Vogelweide 19.
„Der Zimmerer“, Warmbeck, Pfeilerstr. 28 I.

Leipzig „Der Tabakarbeiter“ (f. Cigarrenarbeiter) Mittelstr. 7.
Leipzig-Reuditz „Buchdrucker-Wacht“, Dfstraße 41.
Leipzig-Schleuditz „Graphische Presse“, Schleuditz.
Linden-Dannover „Drauer-Zeitung“, Falkenstr. 29 II.
Lößau-Dresden „Der Fachgenosse“ (für Glas-, Porzellan- und Thonwaren-Arbeiter), Reifewegstr. 34.
Nürnberg „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“, Weigenstr. 12.
Offenbach a. M. „Die Glaser-Zeitung“.
Stuttgart „Buchbinder-Zeitung“, Heuseigstr. 30.
„Der Handshuhmacher“, Wöblingerstr. 44.
Zwickau „Glück auf!“ (für Bergarbeiter), Rosenstr. 25, II

Monatlich dreimal erscheinend.

Berlin „Der Töpfer“ (Fachblatt für Töpfer und Ziegler), Hofenthaferstraße 57.

Alle 14 Tage erscheinend.

Altenburg „Einigkeit“, Publikationsorgan für die deutschen Müller und Konditoren, Pflaster- und Seblächler-Verbände, Mauergasse 4b.

Berlin „Barbier- und Friseur-Zeitung“, Prinzen-Allee 17.
„Der Courier“, Zentralorgan für die Interessen der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter Deutschlands. C. Heiligegeiststr. 15, Hof part.

„Die Gewerkschaft“, Organ für die Interessen der Arbeiter in Gasanstalten und sonstigen städtischen Betrieben. Staligerstraße 14a, IV.
„Der Handels-Angestellte“, N. Schönhauser Allee 151.

„Der Handels- und Transportarbeiter“, Organ für alle im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Deutschlands, C. Kommandantenstraße 25 I.
„Lebendarbeiter-Zeitung“, N. Prinzen-Allee 90.

„Sattler- u. Tapeziers-Zeitung“, N. Invalidenstr. 145.
„Ung. Steinsetzer-Zeitung“, NW., Waldenstr. 18.
„Solidarität“, Organ aller im graphischen Berufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Chausseest. 52.

Frankfurt a. M. „Neue Deutsche Nachrichten-Zeitung“, Buchgasse 10.
Hamburg „Der Arbeiter“ (für Bau- und Hilfsarbeiter) Eilbeck, Konventstr. 5.

„Deutsche Bäcker-Zeitung“, Organ des Bäckerverbandes, Jdostraße 15/17.
„Der Goldarbeiter“, Bartelsstr. 96 I.

„Der Schiffszimmerer“, Eilbeck, Konventstr. 5.
„Gärtner-Zeitung“, Organ für die Interessen der Gärtner und ihrer freien Vereinigungen, Marktstraße 10, D. 1 p.

„Der Kupferschmied“, Eilbeck, Wandbäcker Chaussee 180, II.
„Tapeziers-Zeitung“, Rostockerstr. 1, III.
Hannover „Der Proletarier“ (für Fabrik- u. Arbeiter und Arbeiterinnen) Burgstr. 41.

Leipzig-Reuditz „Zeitschrift für Graveure und Ziseleure“, Rohlgastr. 30 I. Georg Wagner.
Stuttgart „Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Furtw. 12.

Monatlich einmal erscheinend.

Berlin „Der Bäcker“, Organ für die Interessen der Bäcker, gefellen Berlin und Umgebend, Klosterstr. 101.
„Correspondenz-Blatt des Verbandes der im Berggoldgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“, Doppelnerstr. 43, v. IV.

„Der Bureau-Angestellte“, N. Kronenplatz 3, II.
Obige Zusammenstellung veröffentlichen wir zu Beginn jedes Quartals. In der Zwischenzeit sich ergebende Adress- oder sonstige Veränderungen bitten wir uns behufs Vermeidung mitteilen zu wollen.

Hamburg-Eimsbüttel, Eichenstr. 4.

Der geschäftsführende Ausschuss.

Der 15. Jahreskongress der französischen Arbeiterpartei.

Paris, 11. Juli.

Eröffnungssitzung.

Heute Nachmittag trat der 15. Jahreskongress der Arbeiterpartei im prächtigen Saale des Hotel Moderne, Place de la Republique, zusammen. Die Tribüne des Präsidiums ist mit zwei rothen Bannern und dem Bildnis von Karl Marx geschmückt.

Delory, Bürgermeister von Lille, wird zum Vorsitzenden, Dormey, Bürgermeister von Montluçon, und Oberst Sever, der kürzlich der Partei beigetretenen Abgeordnete von Lille, zu Vizepräsidenten gewählt.

Jules Guesde eröffnet die Verhandlungen mit einer kurzen Uebersicht der neuesten Erfolge und Kämpfe des internationalen Proletariats und beantragt, im Namen des Kongresses eine Weltfriedensadresse an die österreichische, italienische und holländische Sozialdemokratie zu senden anlässlich ihrer neuesten Wahlzuge. Der Antrag wird durch Applikation angenommen.

Guesde, Mitglied des Generalrates des Norddepartements, berichtet über die Ergebnisse der Mandatsprüfung. Es sind vorläufig 197 Delegierte anwesend mit 201 Mandaten, die 297 Städte und 8 Parteiverbände (Föderationen, die ein oder mehrere Departements umfassen) vertreten. Die Zahlen sind als provisorisch zu betrachten, indem noch nicht alle angeforderten Delegierte eingetroffen sind. Zahlreiche Orte sind zum ersten Mal vertreten.

Abg. René Chauvin erstattet im Namen des Nationalrates Bericht über die Parteikasse. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Mitgliederbeiträge sowie die Einnahmen der Parteibuchhaltung im erfreulichen Wachsen begriffen sind.

Jovass, Mitglied des Nationalrates, berichtet über die Entwicklung und die Aktion der Partei seit dem Viller Kongress vom Juni 1896. Die Organisation hat ganz bedeutende Fortschritte gemacht. Bis zum Viller Kongress umfaßte die Partei die Föderationen des Nord-, des Süd- und des Ostdepartements. Seitdem sind der Partei beigetreten: die altbestehenden Föderationen der Departements Gard, Varne, Aube und Oise, Pyrenäen, sowie die neuerstandenen Föderationen in Jere, Bauluse, Rhone (Lyon) und in der Pariser Region. Außerdem sind sämtliche Gruppen der Föderation von Vouches-du-Rhône (Marseille) der Partei beigetreten. Schließlich sind über 20 lokale Parteioorganisationen neu entstanden in 12 Departements, wo wir bisher keine Organisationen hatten.

Beim Regionalkongresse (entsprechend den deutschen Landeskonferenzen) fanden 1896-1897 statt, darunter zwei in Paris, wo die Partei erst in der letzten Zeit Fuß zu fassen beginnt.

Die Wahlaktion drückt sich aus in der Beteiligung an drei Kammerwahlen (Paris 600 Stimmen bei sieben sozialistischen und auch sozialistischen Kandidaten, Béziers über 5000 Stimmen trotz des erstmaligen Auftretens der Partei, Dünkirchen über 3000 Stimmen gegen circa 300 Stimmen in den allgemeinen Wahlen von 1893. In Lille wurde Genosse Ghelquid, dessen Wahl annulliert worden war, unmittelbar nach dem Viller Kongress und den bekannten ordnungsparteilich Chauvinisti-

schen Exzerzieren in den Generalrath wiedergewählt. In Roubaix wurde der sozialdemokratische Gemeinderath mit gesteigener Majorität wiedergewählt. Schließlich sind in verschiedenen Städten 14 neue sozialdemokratische Gemeinderathmitglieder gewählt worden. — Die erstmalige einheitliche Beilegung der Partei an den Senatswahlen (Januar 1897) hat zwar noch keine Mandate eingebracht, aber die praktische Möglichkeit dieser Wahlaktion bewiesen. Das Beispiel der Partei hat vielfach auch in den anderen sozialistischen Richtungen Anhänger für die Beilegung an den Senatswahlen gewonnen.

Die beiden Berichte des Nationalrates werden nach kurzer Debatte angenommen, aus welcher namentlich einige Befehle über den Mangel an besannten Referenten hervorgehen sind.

Vor dem Eintreten in die Beratung des zweiten Punktes der Tagesordnung (Kammerwahlen von 1893) wird eine Kommission gewählt zur Erledigung der Streitigkeiten, die kürzlich in Pas-de-Calais entstanden sind. —

Kommunales.

Die städtische Verkehrs-Deputation hat jetzt der Firma Siemens u. Halske eine Anzahl von Entwürfen über den mit der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft abzuschließenden Vertrag zur Rücksicht über die mit der Firma abzuschließenden Verträge bezüglich der bereits in Betrieb befindlichen beiden Linien 1. Behrenstraße-Treptow und 2. Pankow-Gesundbrunnen sowie der bereits im Prinzip genehmigten beiden Linien Gesundbrunnen-Oranienburgerstraße und Warschauerstraße-Biehof (letzte als Fortsetzung der Hochbahn) überhandt. Ueber weitere von der Firma beantragte Linien soll mit derselben jetzt nicht verhandelt, sondern zunächst die generelle Regelung des in Aussicht genommenen Ausbaues des Berliner Straßenbahnnetzes abgewartet werden.

Kohales.

In Wuhlgarten. Endlich sind die hohen Miethskafnern an der Straße verschwunden und weite Klogensfelder dehnen sich in hellem Gelb in der Ebene aus. Zur rechten Hand auf der nach Strausberg führenden Bahn schimmern noch die hohen Baumkronen des Friedrichsfelder Schlossparks in der Nachmittagssonne. Mit ihnen sind die letzten Zeugen seiner Kultur verschwunden; im schnellen Wechsel ändert sich das Bild, und bald liegt ein richtiges märkisches Dorf in seiner tristen Kermeltheit hinter Feden, Korn und Kartoffelkraut hervor. Der Zug hält auf der Station Biesdorf. Abwärts vom Ort führt links ein schmaler Pfad durch Gebüsch von doppelter Manneshöhe; einige Kreuz und Auegänge, und plötzlich ist es, als ob auf einem Weihnachtsfest ein nagelneuer Steinbaukasten, zu breitem Mauerwerk mit Thürmen und mannigfaltigen Zinnen, aufgebaut worden wäre. Das ist Wuhlgarten, die städtische Anstalt für Epileptische. Der kolleten äußeren Zierrlichkeit dieses vor wenigen Jahren erstandenen Festungsbaues entspricht das Innere der zwanzig oder fünfundsiebzig Häuser, aus denen das Gewese zusammengesetzt ist; auf den Korridoren, wie im Versammlungssaal, in den Krankenzimmern, wie im Maschinenraum, überall peinlichste Sauberkeit, bis die Herren Doktores, welche als Mitglieder der Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege das Institut besuchen, ordentlich zwingt, sich ja überall gebührend die Füße abzutreten. Be-

vor der Herr Direktor Dr. Gebold mit seinen Gästen den Rundgang beginnt, verbreitet er sich in einem respektablen Vortrage über das Wesen der Epilepsie. Das Resultat der gelehrten Abhandlung ist, daß eine Vereingung der Worta eine beträchtliche Rolle bei dieser entsetzlichen Krankheit zu spielen scheint, daß aber die ärztliche Wissenschaft, wie in so manchen anderen Fällen, auch hier leider noch kein Mittel gefunden hat, welches die Krankheit beseitigen könnte. Schwierig, so lautet das trostlose Ergebnis der Darlegung, werde es auch der Wissenschaft gelingen, das Dunkel aufzuklären, welches diese heimtückische Krankheit bedeckt, die sich bei einem Unglücklichen in häufigeren Anfällen ausstößt, beim anderen hingegen nach Wäusen von Monate und Jahre langer Dauer plötzlich mit unversehener Heimtücke hervorbricht.

Es würde ermüden und mühte dem Laien auch schwer fallen, wollte er die Geschichte dieser bis jetzt noch einzig bestehenden Anstalt erzählen und die Bestimmung ihrer verschiedenen Abteilungen, die insgesamt für 1100 Kranke Raum bieten, dem Publikum erklären. Weit mehr als technische und statistische Darlegungen, so schätbar und unentbehrlich sie dem Fachmann sind, dürfte uns ein knapper Bild von der Lebensweise der Pflegelinge dieses großen Krankenhauses interessieren. Es haben hier Leidende fast aller Grade Aufnahme gefunden; man begegnet Patienten, die den Eindruck völliger Wohlthunigkeit machen, neben solchen, denen selbst der Arzt auf den ersten Blick kaum ihr Leiden anmerken wird. Nach den Ausführungen des Direktors werden die Kranken, soweit ihr Zustand dies irgendwie erlaubt, mit unthätiger, regelmäßiger Arbeit beschäftigt; die Mehrzahl schaffst in Feld und Garten, doch höht man beim Rundgang durch eines der Häuser auch auf Säuhmacher, Tischler, Hofschlichter und andere Werkstätten. Die Arbeit, welche morgens um halbseben Uhr beginnt, und, wenn wir nicht irren, um 6 Uhr abends beendet ist, wird durch größere Pausen unterbrochen und soll im ganzen 7 Stunden währen. Der regelmäßigen Beschäftigung wird neben leichter Kost und völliger Einhaltsamkeit von geistigen Getränken ein überaus förderlicher Einfluß auf den Zustand des Behandelten wie auf die Ordnung in der Anstalt zugeschrieben, was um so erklärlicher ist, als die Gemüthsverfassung mancher Kranken nicht gerade selten Anfälle von Störigkeit und Reizung zu Kompottierungen hervorrufen mag. Sehr verschiedenartig ist die Wirkung auf die Patienten, wenn ein Fremder sich in ein Gespräch mit ihnen einläßt. Die stupideren unter ihnen stehen militärisch stramm, die Hand an der Hosennath und geben bedote Antworten, wie dies etwa im Zuchthause üblich sein mag. Erst allmählich schauen sie auf und werden dann leicht zutraulich. An anderen hingegen erlebt man die Freude, daß sie auch nicht den leisesten Eindruck inferiorer Menschen machen; gerade diese geistig normalen Kranken zeigen sich am zufriedensten mit den Einrichtungen der Anstalt und der ihnen zu theil werdenden Behandlung. Nur eine Klage hören wir aus fast aller Munde, und diese betraf die Kost, namentlich das Mittagessen, das zum theil als zu gebacken, zum theil auch als wenig appetitregend bezeichnet wurde.

Zur Abendstunde fangen Gruppen von Patienten vor der Handthür oder im Garten zu den Klängen einer Harmonika, Drinnen aber im Saale begleitet den Schwerkranken die Melodie durch leise Schläge an den Betttrand; andere schreiten unausgeseht fürchterliche Grimassen im Lakt. Als einige Sangesbrüder in der linden Abendluft ein gar anhängliches Lied anstimmten, das unter den Bewohnerinnen der nahen Frauenabtheilungen hätte übel vermerkt

werden können, beehrte sie ein Wärter zu einem züchtigeren Text. Die epileptischen Kinder sind natürlich in einem besonderen Hause untergebracht, in welchem auch eine eigene Schule unterhalten wird. Als die Thore der Anstalt sich bereits geschlossen hatten, drangen aus der Entfernung noch die hellen Stimmen der Knaben und Mädchen, welche sich froh auf dem großen Spielplatz ergötzen, nach der Dorfseite hinüber.

Am Abend ist die breite Straße einsam, die von Biesdorf über Friedrichsfelde nach Berlin führt. Erst nach gut halbstündigem Marsche tauchen die ersten Kolosse aus Ziegelsteinen und Zement auf. Sie kündigen die Nähe der Miesensstadt an, in der all' das Glend empordreht, von dem ein geringer Theil nach der friedlichen Einsamkeit von Buhlgarten abgelenkt wird.

Ueber die Konzessionsvertheilung an Chantant- und Variété-Theater-Inhaber hat ein Vertheilungsausschuss durch Umfrage bei 28 Inhabern dieser Lokalitäten folgendes ermittelt: Die für den 1. Oktober d. J. angekündigte Schließung der meisten Berliner Singspielhallen dürfte nicht eintreten. Die Polizeibehörde verlangt nur von denjenigen Inhabern eines Spezialitäten-Theaters die kleine Theaterkonzession, auf deren Bühnen Theaterstücke, also ein- oder mehraktige dramatische Werke zur Aufführung gelangen. Alle Lokale, in denen nur Gesangs- oder dellenatorische Vorträge aufgeführt werden, sind von der Verfügung nicht betroffen. Ferner ist auch fast ohne Ausnahme die nachgesuchte Genehmigung den Lokalinhabern erteilt worden.

Bei mehreren russischen Studenten der technischen Hochschule sollen in deren Wohnungen am Sonnabend Hauskugeln vorgenommen sein. Angeblich soll es sich um nihilistische Agitation handeln und wurden die Verhafteten mittels Droschken nach dem Polizeipräsidium gebracht. Wie die „Post“ meldet, würden die Verhafteten wahrscheinlich an die russische Grenze abgeschoben werden.

Das wäre eine neue Praxis der Polizei, die auch dem russisch-deutschen Auslieferungsvertrag nicht entspräche. Bisher sind von der Polizei die Ausländer, die lästig fielen, in Wahl der Grenze nicht beschränkt worden und ein anderes Verhalten würde jeden humanen Anschauungen ins Gesicht schlagen.

Zum Kapitel der öffentlichen Aufzüge wurde vor vierzehn Tagen berichtet, daß die Polizei einem Fabrikanten, der mit seinem Personal einen Ausflug machen wollte, auf Grund des § 10 der neuen Polizeiverordnung über die Sonntagsruhe nicht nur die Mitnahme einer Musikkapelle bei der beabsichtigten Kremsfahrt, sondern auch diese selbst untersagte, da sieben Kremsler hinter einander einen öffentlichen Aufzug darstellten und öffentliche Aufzüge an Sonntagen nur zu kirchlichen Zwecken stattfinden dürften. In einem Gegenjah zu diesem Verbot stehen zwei Vorgänge vom vorverletzten und letzten Sonntag. Am Sonntag, den 27. v. M., marschierte zwischen 12 und 1 Uhr Nachmittags der Verein Jugendwehr in einer Stärke von rund 500 Mann mit klingendem Spiel von der Kaserne des Kaiser Franz-Regiments nach dem Lehrter Bahnhof, um zur Nachfeier des Stiftungsfestes und der Sommerreise einen Ausflug zu machen. Sonntag marschierte, Musik an der Spitze, um 7 1/2 Uhr eine Sanitätskolonne der Kriegervereine vom Zeit I nach dem Grunewald. Auch hier handelt es sich doch zweifellos um öffentliche Aufzüge, die mit kirchlichen Zwecken nicht zu thun haben.

Danach scheint ja die Polizei nach Guldankens ihre Vorschriften anzuordnen; oder sollten die Arbeiter sich einer größeren Aufmerksamkeit erfreuen, wenn sie nicht im Marschtempo der Kriegervereine marschieren?

Eine eigenartige Verkehrsstörung gab es Montag Nachmittags um 5 Uhr an der Jerusalemstraße. Ein Kollwagen, der von der Lindenstraße her in die Jerusalemstraße einbog, um nach dem Hansvoigteilplatz zu fahren, verlor einen Ballon mit Salsäure. Der sehr umfangreiche Ballon ging gerade mitten auf dem Straßendammbau in Scherben und sein Inhalt überschwebte den Damm nach beiden Seiten bis an die Vordschwelle vom Eckhause Nr. 66 bis hinter zum Hause Nr. 62. Eine halbe Stunde lang machte die ägende Lauge den Damm für Menschen und Thiere ungangbar. Das freie Fahrwerk ging um die Kirche herum, die Pferdeabfuhrwagen, die diesen Ausweg nicht nehmen konnten, mußten die Pferde anspannen und über den Bürgersteig um die gefährliche Stelle herumfahren. Ueber eine Sandbahn, die die Angestellten schleunigst herstellten, schoben diese dann den Wagen hinweg, um ihn am anderen Ende wieder zu spannen. Nach einer Viertelstunde wurde die Revierpolizei benachrichtigt und diese holte die Feuerwehre, die mit einem Schlauche vom Hydranten aus die Säure wegsplüßte.

Dr. Bruno Wille soll nach der Meldung eines hiesigen Blattes 2000 Gulden Kaution stellen, alsdann würde seine Haftentlassung erfolgen. Bis die Untersuchung abgeschlossen ist, darf er jedoch das österröschische Gebiet bei Verlust der Kaution nicht verlassen. Wille ist der Religionschmäherung angehängt, die er in einem Vortrag begangen haben soll.

Der Probst Dr. Zahnel, fürstbischöflicher Deputat und apostolischer Protonotarius im St. Hedwigs-Krankenhaus, ist am Sonntag früh im Alter von 62 Jahren gestorben.

Fahrräder sind jetzt auch bei der Feuerwehre eingeführt, nachdem ein Dreirad im Gebrauch der Schlauchmacher sich bewährt hat. Zunächst hat jede Kompanie ein Dreirad erhalten zum Transport von Schläuchen.

Unter dem Verdacht der wiederholten Amtsunterschlagung wurde der frühere Schuhmann Adolphus aus Berlin, der seit dem vorigen Jahre in Allenstein (Ostpr.) die Stellung eines Polizeisergeanten bekleidet, in Untersuchungshaft genommen. Die ihm zur Last gelegten Unterschlagungen datieren aus seiner jetzigen Amtsperiode.

Ein Einbruch, der anscheinend von langer Hand vorbereitet war, wurde am Sonntag Morgen gegen 8 Uhr bei dem Schlächtermeister Emil Jäger, Mittelstr. 115 versucht. Die Diebe öffneten die Haustür mittels Nachschlüssels und ebenso die erste Doppelthür, welche in den Laden führt. Zu der zweiten verschlossenen Thür hat von innen der Schlüssel. Nun bohrten sie um das Schloß herum die Fällung ca. 40 Quadratzentimeter auf, so daß sie bequem hineinglangen und das Schloß, somit auch die Thür öffnen konnten. Beim Aufmachen der Thür erdnete die mit derselben verbundene elektrische Glocke und Herr Jäger und Frau, sowie Geselle erwachten und liefen sofort in den Laden, worauf die Diebe die Flucht ergriffen. Das ganze Haus wurde mit Hilfe eines Schuhmannes und eines Nachwächters, sowie einiger Bewohner, leider ohne Erfolg abgesucht. Am Morgen nun stellten sich im Laden des J. zwei junge Leute ein, von welchem der eine vorgab, Schlichtergeselle zu sein und erkundigte sich, was vorgefallen. Leider kam man, durch das eigenthümliche Betragen, erst zu spät auf den Verdacht, daß dieselben am Einbruch theilhaftig gewesen sein könnten.

Bei einem Sittlichkeitsverbrechen wurde am Sonntag Nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr in der Schornsteinfegergasse 8 ein 10- bis 12-jähriger Bursche ertappt. Die kleine sechsjährige Klara Gier saß spielend mit noch mehreren Kindern vor dem Hause. Der rothe Patron schenkte dem Kinde einige Süßigkeiten und ludte es dann auf den dunklen Treppenaufgang. Auf das Schreien des Kindes wurden Hausbewohner in Alarm versetzt. Der Bursche ergriff hierauf die Flucht, wurde aber eingeholt und zur Wache gebracht.

Kirchendiebstahl. In der Nacht zum gestrigen Sonntag ist in die Samariterkirche, im äußersten Osten Berlins gelegen, eingestiegen worden. Die Diebe drückten ein Fenster ein und gelangten durch den Konfirmandensaal in die Kirche. Dort demolirten sie einen Opferstock, in dem sich aber nur ein geringer Geldbetrag befand; sie ließen diese liegen, da sie es hauptsächlich auf die kostbaren Altargeräthe und andere Werthsachen abgesehen hatten. Diese lagen aber unter sicherem Verluß und sind so der Kirche erhalten geblieben. Die Diebe müssen auf der Suche gestört worden sein;

denn allem Anschein nach haben sie die Kirche in eiligster Flucht verlassen.

Ein widerlicher Auftritt, der einen bösen Ausgang nahm, spielte sich am Montag Vormittag um 10 1/2 Uhr in der Marktgrafenstraße ab. Auf das Grundstück Nr. 101, auf dem das Hintergebäude bebaut wird, sollte ein Kutscher Johannes Schmidt der Tabber'schen Möbelfabrik eine Fuhrer Mörtel bringen. Bei der Einfahrt erhielt der Kutscher von dem rechten Pferde, das er mit der Peitsche hieb, weil es nicht zübeln wollte oder konnte, einen Aufschlag gegen das Knie. Der argirte Mensch gerieth darüber in eine maßlose Wuth. Während er wild auf das Thier losschlug, verlor er das Gleichgewicht und stürzte kopfüber vom Wagen, mit dem Kopfe gegen den feineren Thorrahmen fliegend; dabei verletzte er sich an der Stirn und an der Nase so schwer, daß ein Schuhmann ihn mit einer Droschke auf die Unfallstation I bringen mußte.

Ein nicht aufgeklärter Leichenfund beschäftigte seit gestern, Sonntag, Nachmittags die Kriminalpolizei. Zwischen 3 und 4 Uhr fand man auf dem unbebauten Gelände an der Prenzlauer Allee, einige hundert Schritte hinter der Ringbahn, die Leiche eines unbekanntes Mannes liegen, auf die die Hitze bereits stark eingewirkt hatte. Sie muß schon einige Tage da gelegen haben und war namentlich am Kopfe mit einer aus Blut und Staub gemischten Masse stark beschmutzt. Bei näherer Betrachtung fand man, daß das Blut aus einer Schußwunde in der linken Schläfe herrührte. Außerdem fand man eine Schnittwunde in der Gegend der Brust am rechten Handgelenk. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Selbstmord. Der Todte ist ein Mann von etwa 40 Jahren, ungefähr 1,70 Meter groß, hat rüchlich blondes Haar und Schnurrbart, eine kräftige Gestalt und ein volles Gesicht und trug ein rothbraunes Jacket und Weste, eine dunkle, gestreifte Stoffhose, ein roth-gelb-weiß gestreiftes Pardenhemd, braune, baumwollene Strümpfe, einen grauen, weichen Filzhut und Gummigüßel mit Doppelsohlen.

Selbstmord. Der Kassenbote Dr. K., ein Mann im Alter von 60 Jahren, wurde am Sonntag Morgen in seiner Wohnung erhängt aufgefunden.

In der Nähe der Festen hörten am Montag Vormittag mehrere Personen einen Schuß fallen. Ein Polizeileutnant, der zufällig des Weges kam, ging der Schallrichtung entgegen und fand auch gleich einen jungen Mann, der in selbstwörderlicher Absicht die Waffe gegen sich gelehrt, sich aber nur leicht durch einen Streifschuß am Gesicht verletzt hatte. Der Leutnant hielt den Lebensmüden an und nahm ihm die Waffe ab. Um den Revolver unschädlich zu machen, schloß er die noch geladenen Kasse ins Gefäß hin ab. Zufällig war der Steinseher Fritz Helroth in Schweiß gekommen, ohne daß man ihn wahrgenommen hatte. Eine der Revolverkugeln traf ihn und verletzte ihn am Bein. Er sowohl wie der Selbstmörder mußten in ein Krankenhaus gebracht werden. Der Selbstmörder ist der 21 Jahre alte Kaufmann Harry Friedbald, Schönbergerstr. 3.

Straßensperrung. Die Vorstraße von der Invalidenstraße bis zur Zierstraße wird behufs Umpflasterung vom 18. d. M. ab bis auf weiteres gesperrt.

Durch einen Sturm aus dem Fenster tödtete sich am Sonntag Abend gegen 9 1/2 Uhr der 37 Jahre alte, aus Ludenau im Kreise Zeitz gebürtige frühere Kellner Theobald Senf aus der Alvenslebenstraße.

Unfälle im Straßenverkehr. Durch die Müßel einer Militär-Abtheilung wurde in der Alsenstraße das Pferd einer Equipage unruhig und riß den neben der Müßel herlaufenden elfjährigen Sohn des Verlagsbuchhändlers Deubner zu Boden, so daß ihm die Räder über den Rücken gingen und ihm schwere innerliche Verletzungen zufügten. — Der siebenjährige Sohn des Feilenhauers Urban wurde in der Brunnenstraße durch eine Droschke am Rücken überfahren und innerlich schwer verletzt. — In der Rosenerstraße wurde der Kaufmann Hinge durch den Radfahrer Kaufmann Lindner umgeworfen. Er fiel gegen die Straßenschwelle und erlitt einen Doppelbruch des rechten Schenkelbeines. — Die acht und drei Jahre alten Töchter des Malers Becker liefen gegen einen Arbeitswagen und wurden überfahren, ehe der Kutscher den Wagen zum Stehen bringen konnte. Beide Mädchen erlitten schwere Knochenbrüche. — In der Ritterstraße fiel der Kutscher Kolbach von dem von ihm geführten Rollwagen gerade vor die Räder und wurde überfahren. Man schaffte ihn bewußtlos in ein Krankenhaus. — Der Bildhauerlehrling Richard Rumpf stieß an der Ecke der Brangelstraße und des Mariannenplatzes den Schuhmacher Hermann Seifert mit dem Zweirade um, ohne ihn zu verletzen. — Vergangene Nacht wurde die Arbeiterfrau Martha Bierachowski in der Brangelstraße beim Ueberstreiten des Fahrdammes von dem Schloffer Paul Debert mit dem Zweirade umgefahren und zu Boden geworfen. Die Schuld trifft nach Aussage von Augenzeugen die Frau selbst, da sie auf das Glockenzeichen nicht achtete.

### Aus den Nachbarorten.

Die Leiche der 11-jährigen Martha Varendorf aus Spandau ist vorgestern, Sonntag früh auf der Havelinsel Baumwerder aufgefunden worden. Wie der Leichenschild ergab, liegt zweifellos ein Mord vor. Am Sonntag früh landete ein Arbeiter aus Zegel auf der unbebauten, vis-à-vis dem Hille'schen Sommergarten gelegenen Insel Baumwerder, um dort Weidenruthen zu schneiden. Die Aufmerksamkeit des Mannes wurde durch einen intensiven Berührungsgeschmack auf ein dicht am Wasser liegendes Buchweizen getrenkt. An das Gesträup herantretend, bemerkte der Arbeiter die Leiche eines kleinen Mädchens am Boden liegen. Dem Kinde war ein weißes Tuch verartig um den Kopf geschlungen, daß der Mund zugebunden war. Die beiden Enden des Tuches waren um einen Baum geknüpft. Die sofort benachrichtigte Amtsbehörde von Saatwinkel stellte fest, daß die Kleine mit der am 30. Juni aus Spandau entführten Martha V. identisch ist.

Am Montag zwischen 12—1 Uhr erschien die Gerichtskommission an Ort und Stelle, bestehend aus dem Staatsanwalt Cerejzinski und einem Gerichtsschreiber und dem Kreisphysici Dr. Ellen und Dr. Schulz. Wenn auch an Ort und Stelle keine nähere Untersuchung vorgenommen werden konnte, so ergab sich doch auf den ersten Blick, daß ein Lustmord vorlag. Die Leiche lag in der schon ganz dunkelbraun gewordenen Leiche in Falen wickeln und in ihren Knie legen, in welchem sie die Ueberfahrt nach und von Saatwinkel machten, um dieselbe mit nach Berlin zu nehmen und sofort nach der Ankunft zu obduciren. Der Staatsanwalt nahm indessen den Platz in Augenschein, wo der Mörder mit seinem Opfer gelandet sein muß. Dies kann nur auf der Seite von Zegelort geschehen sein; daß der Mörder an der Saatwinkler Seite gelandet ist, erscheint völlig ausgeschlossen, obwohl die Leiche nur etwa 20 Meter vom Inselufer geradeüber von Saatwinkel gefunden wurde. Die Eltern des ermordeten Kindes waren zu der Bestattung der Leiche geladen, doch nur der Vater wurde zugelassen. Ueber die Person des Thäters ist tiefes Dunkel geblieben. Zwischen 8 und 9 Uhr früh, am 30. Juni, hat ein fremder Mensch das Mädchen Varendorf und deren Gespielin in seinen Kahn gelockt und in Stromans gefahren. Die Gespielin ist sichtlich ängstlich geworden und hat sich wieder an Land setzen lassen. Martha V. aber, die seit einem vor etwa 1 1/2 Jahren erlittenen Sturz von der Treppe etwas schwachmüthig war, ist noch weiter mit dem Fremden gefahren. Die Frau des Fährmannes in Begleitung eines Fräulein Schmidt ist, um der am Ufer herrschenden Rückenplage zu entgehen, auf den See hinaus gefahren, und diese beiden Damen haben das Mädchen in Gesellschaft von zwei jungen Männern auf dem Wasser gesehen. Die beiden machten den Eindruck der Trunkenheit, sie schaukelten so wild mit dem Boote, als wollten sie dasselbe zum Umschlagen bringen. Als die beiden Damen in ihre Nähe kamen, rief einer derselben: „Laßt Euch man nicht leiten, sonst müßt Ihr alle beide daran glauben!“ Das bewog die beiden Damen, schleunigst an Land zu fahren. Gleichen Anflug sollen dieselben beiden Männer am Nachmittag in der Nähe von Zegelort getrieben haben, weshalb der eine verhaftet wurde

(der zweite entkam). Der Verhaftete erwies sich als ein Sonntagstänzer und wurde, da sonst nichts gegen ihn vorzuliegen schien, wieder entlassen. Es steht fest, daß derselbe mittags gegen 1 Uhr mit dem Mädchen im Restaurant Hille auf Zegelort gewesen ist und dasselbe mit Bonbons beschenkt hat. Der Kellner ist seitdem verhaftet worden, aber er wurde nicht als derjenige rekonstruirt, welcher mit den beiden Mädchen von Spandau abgefahren ist, weshalb er wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Es kann demnach nur angenommen werden, daß ein anderer die Mädchen entführt und daß nach der Entfernung der Gespielin ein zweiter Mann in den Kahn gestiegen ist. Ob nun einer von beiden oder aber beide an dem Mord theilhaftig sind, darüber herrschen natürlich nur Vermuthungen. Bemerkenswert sei noch, daß sich die That unweit von dem Orte zutrug, wo vor mehreren Jahren die 13-jährige Tochter des Schiffskapitän's Franke von dem Schiffsknecht Bände ermordet wurde.

Ein bedauerlicher Bootsunfall ereignete sich am Sonntag gegen Mittag auf der Oberhavel, in der Nähe des Restaurants Havelhof in Zossen bei Spandau. Neben diesemtablissement im Restaurant von Döring wohnen mehrere Sommergäste, zu denen auch eine Dame aus Berlin zählt. Bei der letzteren befanden sich seit mehreren Tagen die Kinder des in der Kronenstr. 22 wohnenden Klempnermeisters J. J. Gestern Vormittag machte nun der Klempnermeister J. mit seiner Frau der erwählten Dame, seiner Schwägerin, einen Besuch. Am noch einige Einkäufe für das Mittagessen zu besorgen, wollte sich J. nach der benachbarten Kolonie Waldburg begeben. In diesem Zweck benutzte er ein mit Segeln versehenes Ruderboot, in dem außer ihm noch drei Bekannte, sowie sein jüngster, vierjähriger Sohn Platz nahmen. Infolge falscher Steuerung gerieth das Boot gegen eine unter Segel fahrende, mit Holz beladene Bille und wurde von dieser unter dem Wasserpiegel gedrückt. Alle fünf Personen fielen in die Fluthen.

Einer von den Verunglückten rettete sich durch Schwimmen, während sich zwei so lange an dem umgekippten Boot festhalten konnten, bis sie von einem zu Hilfe kommenden Boot aufgenommen wurden. Leider gelang es nicht, dem Klempnermeister J. J. zu retten. Man nimmt an, daß er unter dem Kahn gekommen ist. Auch der kleine Knabe war ein Opfer der unglücklichen Kahnfahrt geworden. Die Leiche des Kindes wurde bald darauf von einem Boot aufgenommen, während die Leiche des J. bis jetzt noch nicht gefunden wurde. Man kann sich den Jammer der unglücklichen Mutter vorstellen, als sie von der Katastrophe erfuhr, durch die sie den Gatten und den Sohn verlor.

Von Augenzeugen wird und berichtet: Das Verhalten des Schiffers muß als überaus rücksichtslos bezeichnet werden. Obwohl das Schiff von mehreren Leuten bedient wurde, machte niemand einen Versuch, mit Hilfe des im Schlepptau hängenden kleinen Kahns die Verunglückten zu retten. Ein solcher Versuch wäre höchst wahrscheinlich von Erfolg gewesen. Dieses ganz unbegriffliche Benehmen empörte umfänglich, als eine geraume Zeit verging, ehe ein Boot vom Ufer zur Hilfe eilen konnte. Mögen aber auch endlich die vielen Unglücksfälle auf dem Wasser dienen zur Warnung dienen, die leichtfertig und ohne genügende Uebung zu Bootsfahrten sich verhalten lassen.

Ueber einen zweiten Bootsunfall geht dem „S.-M.“ folgender Bericht eines Augenzeugen zu: Herr Fabrikbesitzer Richard Ermeler befand sich mit einer Gesellschaft gestern Abend zwischen 7 und 8 Uhr auf der Rückfahrt von Neuem Krug an der Oberspreewald nach Grünau und zwar auf seinem eigenen Vergnügungsdampfer, den er selbst leitete und steuerte. Als der Dampfer sich der Kolonie Hirschgarten näherte, befand sich in der Fahrstraße ein kleines Ruderboot mit drei Personen, zwei Damen und einem jungen Mann von ca. 16 Jahren. Herr Ermeler gab mehrmals das Signal mit der Dampfpeife, und die Insassen wurden auch auf das Herannahen des Dampfers hierdurch aufmerksam. Trotz der Signale und trotzdem von dem Dampfer her dem Boot zugewinkt wurde, zurückzubleiben, suchten die Insassen bald vor dem Dampfer vorbeizurudern, bald drehte sich der Vordertheil des Bootes wieder zurück, so daß man nicht erkennen konnte, wohin das Boot eigentlich geführt werden sollte. Herr Ermeler, der schon seinen Dampfer nur mit halber Kraft gehen ließ, versuchte, dem Boot auszuweichen, konnte dies aber nicht zu Wege bringen, da noch im letzten Moment das Ruderboot direkt vor den Steven des Dampfers sich legte. Trotzdem der Dampfer gestoppt wurde, ließ sich unter diesen Umständen ein Zusammenstoß nicht vermeiden. Das Ruderboot kenterte, und die Insassen verschwand im Wasser. Die eine Dame und der junge Mann wurden mittels Staken sofort in den Dampfer hinausgezogen. Die andere Dame blieb hinter dem Dampfer und wurde durch ein von dem nahen Ufer inzwischen herbeieilendes anderes Ruderboot aufgenommen. So verlief der Zwischenfall glücklicherweise, ohne daß ein Menschenleben geopfert wurde.

Durch den Anfall eines Schusses wurden gestern Abend gegen 7 Uhr die in der Nähe der Wolf'schen Kattunfabrik in Nieder-Schönevide weilenden Aufzügler erschreckt. Die Hinzueilenden fanden in der Forst einen Anfang der 40er Jahre stehenden, elegant gekleideten Mann, der sich dortselbst durch einen Schuß in die Schläfe getödtet hatte. Legitimationspapiere, welche über die Persönlichkeit des Selbstmörders Auskunft geben konnten, wurden bei der Leiche nicht vorgefunden.

Höchst schwierig und verantwortungsvoll ist der Dienst für das Beamtenspersonal auf der Eisenbahnstation Finkenkrug, seitdem der Verkehr auf der Strecke Berlin—Spandau—Nauen um ein bedeutendes gestiegen ist, ohne daß den Beamten in Finkenkrug eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Erleichterung zu theil geworden wäre. An Wochenenden ist dort nur ein Beamter stationirt, welcher nicht allein als Stationsvorsteher fungirt, sondern auch den Verkauf der Fahrkarten, die Kontrolle, das Öffnen und Schließen der Barrieren u. c., besorgt — kurz „Gans in allen Waffen“ sein muß. Die Betriebsbeschränkung erscheint unter einer derartigen Quantitätszunahme des Beamtens trübselig gefährdet. Auch sei bei dieser Gelegenheit der Eisenbahnverwaltung dringend empfohlen, dafür Sorge zu tragen, daß eine barche Behandlung, wie sie neulich seitens eines Direktionsbeamten gegenüber einem Unterbeamten in Gegenwart des Publikums beliebt worden ist, in Zukunft vermieden werde.

### Geriichts-Zeitung.

Die seltene Anklage wegen Kindesunterstellung gelangte gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Es hatten folgende Personen auf der Anklagebank Platz zu nehmen: 1. Die Kellner-Gesfrau Agnes Langowski, 2. die Arbeiter-Gesfrau Johanna Gents, 3. das Dienstmädchen Anna Guschall, 4. die Hebamme Kosalie Neumann und 5. die Schneiderin Auguste Märtens. Die Angeklagte Langowski, welche der ihr zur Last gelegten Straftat, zu der ihr die übrigen Mitangeklagten Beihilfe geleistet haben sollen, geständig war, machte folgende Angaben: Seit drei Jahren habe sie mit dem Kellner Langowski ein Verhältnis unterhalten, welches nach der Ansicht beider mit einer Heirat endigen sollte. Langowski habe das Aufgebot aber stets mit der Begründung hinausgeschoben, daß er sich erst selbstständig machen müsse. Im Oktober v. J. bezogen sie eine gemeinschaftliche Wohnung. Langowski sei angefangen unzufrieden zu werden und es habe ihr wegen ihrer Zukunft gekümmert. Sie habe ihrer Befürchtung der Mitangeklagten Frau Gents gegenüber Ausdruck gegeben, daß Langowski sie sitzen lassen könne und da habe die Gents einen Vorschlag gemacht, der später auch zur Ausführung gelangte. Die Gents rief ihr, sich so zu stellen, als ob sie Mutter werden solle. Es sollte dann auch eine regelrechte Entbindung geübt werden. Die Langowski und die Gents wandten sich zur Beschaffung eines Kindes an die Mitangeklagte Hebamme Neumann, welche sofort ihre Mitwirkung angesetzt habe. Die Neumann habe sie mit der Mitangeklagten Guschall, einem armen Dienstmädchen, welches ihrer Entbindung in der Wohnung der Neumann entgegen, in Verbindung gebracht. Die Guschall war bereit, ihr Kind abzugeben. Die fünfte An-



